



Europäische  
Kommission

[WINTER 2013 ▶ Nr. 48]

# panorama

inforegio

## ▶ Kohäsionspolitik 2014-2020

Neue Dynamik für Europa

▶ Interview mit Kommissionspräsident  
José Manuel Barroso

▶ Die Reform der Kohäsionspolitik  
in 10 Punkten

▶ Mitgliedstaaten schließen  
Partnerschaftsvereinbarungen

▶ Die Kohäsionspolitik 2014-2020  
aus Sicht der Mitgliedstaaten

Regionalpolitik  
und Stadtent-  
wicklung



Mit über 1000 Pflanzenarten aus der ganzen Welt ist das Eden Project im britischen Cornwall eine wahre Touristenattraktion und eine bildungsfördernde Wohltätigkeitsorganisation. Das Projekt erhielt eine Anschlagfinanzierung von 30 Mio. EUR aus dem EFRE.

► **EDITORIAL** ..... **3**  
 Eu-Kommissar Johannes Hahn

► **SCHWERPUNKT**  
**KOHÄSIONSPOLITIK 2014-2020**

► **KOHÄSIONSPOLITIK – EIN STARKER MOTOR FÜR DAS WACHSTUM IN EUROPA** ..... **4-7**  
 Interview mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso

► **DIE 10 WICHTIGSTEN PUNKTEN DER REFORM DER KOHÄSIONSPOLITIK** ..... **8-9**

► **INVESTITIONSPRIORITÄTEN FÜR DIE NEUE KOHÄSIONSPOLITIK** ..... **10-13**

► **NACHRICHTEN IN KÜRZE** ..... **14-15**

► **MIT EIGENEN WORTEN** ..... **16-22**  
 So sehen Interessenvertreter die Kohäsionspolitik 2014-2020

► **INFOGRAFIK**  
**EINE REFORMIERTE KOHÄSIONSPOLITIK FÜR EUROPA** ..... **23-26**

► **BESSERE UND EFFEKTIVERE KOMMUNIKATION** ..... **27-31**

► **SCHLÜSSELROLLE FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT BEI DER REFORM DER KOHÄSIONSPOLITIK** ..... **32-35**

► **AUF DEM WEG ZUR BEREITSTELLUNG DER MITTEL** ..... **36-39**

► **LANGFRISTIGE PERSPEKTIVE UND GESAMMELTE ERFOLGE DER KOHÄSIONSPOLITIK** ..... **40-43**

► **PROJEKTE** ..... **44-47**  
 Beispielprojekte aus Zypern, Frankreich, Rumänien sowie aus der europäischen territorialen Zusammenarbeit

► **TERMINE** ..... **48**



►4



►10



►27



►36

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer und deutscher Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 22 Sprachen abrufbar unter [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/information/panorama/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/information/panorama/index_de.cfm)

Diese Ausgabe wurde im Februar 2014 abgeschlossen.

RECHTLICHER HINWEIS

Die Europäische Kommission und die in ihrem Namen handelnden Personen übernehmen keine Verantwortung für die Verwendung der in diesem Bericht enthaltenen Angaben bzw. für eventuelle, trotz der sorgfältigen Vorbereitung und Prüfung der Texte noch vorhandene Fehler. Das vorliegende Dokument spiegelt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wider.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2014

ISSN 1608-3881

© Europäische Union, 2014

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Zwecks Nutzung bzw. Wiedergabe von urheberrechtlich geschützten Inhalten, die als solche gekennzeichnet sind, ist die Genehmigung der Urheberrechtsinhaber einzuholen.

Printed in Belgium

Fotos (Seiten):  
 Titelbild: Eden Project, Cornwall, GB – Alexandra Thompson © Shutterstock  
 Seiten 3, 4, 7, 10-13, 15, 27, 29, 36-39, 40-43: © Europäische Kommission  
 Seite 8: © Cristina Dumitru Tabacaru  
 Seiten 14, 46: © Shutterstock  
 Seiten 16-22: © Beitragende Organisationen  
 Seite 28: © Andaluçia se mueve con Europa  
 Seiten 32-35: © Europäisches Parlament  
 Seite 44: © Grenzüberschreitendes Kooperationsprogramm Ungarn-Österreich  
 Seite 45: © Centru Regional, Entwicklungsagentur, Rumänien  
 Seite 47: © Medtech SAS



## ▶ EDITORIAL

### Johannes Hahn

Mitglied der Europäischen Kommission,  
zuständig für Regionalpolitik

Ende 2013, nach zwei Jahren intensiver Verhandlungen, verabschiedeten der Europäische Rat und das Europäische Parlament das Gesetzgebungspaket zur Kohäsionspolitik. Die neuen Verordnungen traten am 21. Dezember in Kraft.

Dabei freue ich mich, dass der Modernisierungscharakter meiner Vorschläge beibehalten wurde. Wir haben viel gearbeitet, um die Nutzungsregeln der europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu verbessern. Jetzt können über 500 Mrd. EUR – darunter auch einzelstaatliche Kofinanzierungs- und Investitionsmittel, die durch Finanzinstrumente verfügbar gemacht wurden – zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung und Förderung des Wachstums in der Europäischen Union mobilisiert werden.

Die Kohäsionspolitik ist mit über einem Drittel des EU-Haushalts das wichtigste Investitionsinstrument der Gemeinschaft. Wenn aber das darin enthaltene Potenzial für Wirtschaftswachstum und Verbesserung der Lebensqualität der europäischen Bürger erschlossen werden soll, müssen die Reformen richtig umgesetzt werden. Der erste Schritt des Prozesses besteht darin, die Partnerschaftsvereinbarungen abzuschließen, denn in ihnen wird die Investitionsstrategie der Mitgliedstaaten für die nächsten sieben Jahre festgelegt.

### Sorgfältig ausgearbeitet Strategien

Die Ausarbeitung der Strategieentwürfe ist nicht einfach. Die Kommission hat daher bereits letztes Jahr die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten begonnen. Auf diese Weise sollten problematische Punkte rechtzeitig erkannt und gelöst werden. Daraufhin haben die Mitgliedstaaten der Kommission ihre Entwürfe für die Partnerschaftsvereinbarung vor Ende des Jahres vorgelegt. Einige davon wurden bereits offiziell eingereicht. Dabei ist es wichtig, dass die vorgelegten Entwürfe sorgfältig ausgearbeitet werden, damit Genehmigung und Umsetzung der Programme baldmöglichst erfolgen können. Eines muss allerdings klargestellt werden – Qualität geht vor Geschwindigkeit.

Die Strategie muss von Anfang an stimmen – wie wichtig das ist, kann ich nicht oft genug betonen. Dabei müssen sämtliche Projekte der Strategie folgen, und nicht umgekehrt.


Vorrang haben zurzeit einige ausgewählte Politikziele, mit denen eine kritische Masse an Investitionen erreicht werden soll. Vier Prioritätsbereiche mit hohem Wachstumspotenzial wurden dabei definiert: Forschung und Innovation, KMU, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft.

### Klare, messbare Ziele

Die Reform der Kohäsionspolitik wird von der Überzeugung getragen, dass sich eine Region am wirksamsten entfalten kann, wenn sie zunächst ihre eigenen Stärken erkennt – wir nennen diesen Prozess *intelligente Spezialisierung*. Der Vorteil dieser Vorgehensweise ist, dass man produktiv in die ausgewählten Bereiche investieren und dadurch das Wachstumspotenzial maximieren kann.

Für die neue Architektur ist eine Vereinbarung der Ziele im Vorfeld unerlässlich. Wie sollen wir bspw. in Forschung investieren, wenn wir über keine Forschungsstrategie verfügen? Ohne Lenkrad kann man keinen Wagen fahren.

Die Reform erfordert klar formulierte und messbare Ziele. Auf dieser Grundlage können wir den Erfolg beziffern und beurteilen, ob diese öffentlichen Investitionen das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa wirklich fördern.

A portrait of José Manuel Barroso, the President of the European Commission, speaking at a podium. He is wearing a dark suit, a white shirt, and a purple tie. He has short, dark hair and is wearing glasses. The background is a blurred green and blue wall.

**„ Die Kohäsionspolitik ist wirklich etwas, worauf wir stolz sein können und auch in der Zukunft stolz sein werden. Diese Idee müssen wir klar und deutlich vermitteln. “**

KOMMISSIONSPRÄSIDENT JOSÉ MANUEL BARROSO

# ▶ KOHÄSIONSPOLITIK – EIN STARKER MOTOR FÜR DAS WACHSTUM IN EUROPA

**Panorama spricht mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso und erkundigt sich nach seiner Meinung zum Beitrag der Kohäsionspolitik zum Wirtschaftswachstum sowie zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren.**

▶ **Glauben Sie, dass Europa den Weg aus der Wirtschaftskrise gefunden hat?**

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die seit dem Sommer 2007 die Weltwirtschaft erschüttert, ist ohne Zweifel die tiefste der europäischen Nachkriegsgeschichte. Ich glaube aber, dass wir das Schlimmste bereits hinter uns haben. Es ist uns gelungen, die „existenzielle“ Krise des Euro zu bewältigen und die Finanzmärkte zu beruhigen. Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU haben wir erhebliche Fortschritte gemacht. Das Vertrauen in die europäische Wirtschaft wird allmählich wiederhergestellt und die jüngsten BIP-Zahlen bestätigen die ersten Anzeichen einer leichten Erholung der Wirtschaft. Die von der Krise am stärksten betroffenen Länder setzen gerade grundlegende Struktur-reformen um, deren positive Wirkung langsam spürbar wird. Irland bspw. hat das BIP-Defizit von 1,4% im Jahre 2008 in einen Überschuss von 3,4% 2013 verwandelt. Auch Portugal hat sein Defizit reduziert und in Spanien erwarten wir dieses Jahr einen Überschuss.

Dennoch: Das Schlimmste mag hinter uns liegen, wir sind aber noch nicht ganz über den Berg und die Zeichen der Erholung sind noch relativ schwach. Wir haben noch große Herausforderungen vor uns wie die Alterung der Bevölkerung, steigende Energiepreise und hohe Arbeitslosenzahlen. Die Mitgliedstaaten müssen die Struktur-reformen, die in den länderspezifischen Empfehlungen festgelegt wurden, schneller umsetzen und Fortschritte auf den Politikfeldern erzielen, in denen Kooperation erforderlich ist. Dabei ist das dringlichste Problem die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit in einigen Ländern, insbesondere unter jungen Menschen.

▶ **Wie kann die Kohäsionspolitik zu Wachstum und Beschäftigung beitragen? Welche Rolle spielt sie im Kontext der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU und der Ziele der Strategie Europa 2020?**

2010 haben wir einen umfassenden Plan vorgeschlagen – die Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Es handelt sich dabei um die Wachstumsstrategie Europas für die kommenden Jahre. Darin werden die Triebkräfte für die Erhöhung von Wohlstand und Produktivität in allen Bereichen definiert: Bildung und Ausbildung, Klimawandel, Forschung und Innovation oder die Bekämpfung der Armut. Von Anfang an haben wir die enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und den Regionen gesucht, um die Erreichung der Ziele zu gewährleisten. Die Strategie ist nun seit vier Jahren im Gange. 2014 wird ihr Erfolg gründlich evaluiert.

Die Kohäsionspolitik ist dabei ein Schlüsselinstrument für die Verwirklichung der Ziele von Europa 2020. Aus ihr stammt der Großteil der Investitionen in die Realwirtschaft und sie ist eine wichtige Stütze des Dreiecks aus Haushaltskonsolidierung, Struktur-reformen und Wachstumsinvestitionen. Mit den Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Kohäsionsfonds werden Breitbandzugang, KMU-Neugründungen, soziale Integration, Bildung, Energieeffizienz und die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt. Laut den Mitgliedstaaten wurden mit den Investitionen der Kohäsionspolitik im Zeitraum 2007-2013 über 73 500 KMU-Neugründungen unterstützt und über 263 000 Arbeitsplätze in KMU geschaffen. Dank der Investitionen haben weitere 4,7 Mio. EU-Bürger Zugang zum Breitbandinternet erhalten. Kurz gesagt: Die Kohäsionspolitik ist wirklich etwas, worauf wir stolz sein können und auch in der Zukunft stolz sein werden. Diese Idee müssen wir klar und deutlich vermitteln.

Darüber hinaus bildet die europäische Kofinanzierung eine stabile, sichere und langfristige Investitionsquelle für die Mitgliedstaaten. In einigen Regionen gibt es keine andere Möglichkeit der Finanzierung, weil die Ressourcen des betreffenden Mitgliedstaats nicht ausreichen und der Markt versagt hat. Die Finanzierung durch Kohäsionsmittel bietet nicht nur Stabilität, sondern auch die notwendige Flexibilität, um dringende sozioökonomische Bedürfnisse zu decken. Wir haben von der Wirtschaftskrise gebeutelte Länder wie Griechenland, Irland oder Portugal dazu ermuntert, ihre Mittel in die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen – insbesondere für junge Menschen – umzuleiten.

Für den Zeitraum 2014-2020 haben wir den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds mit 351,8 Mrd. EUR ausgestattet – der Fonds ist damit der zweitwichtigste Posten des EU-Haushalts. Damit wird auf der höchsten politischen Ebene anerkannt, welche Bedeutung der Fonds für das Wachstum in Europa hat. Jetzt ist es wichtig, dass die einzelstaatlichen und die regionalen Programme stärker auf die Verwirklichung der Ziele von Europa 2020 ausgerichtet werden.

► **Die Mitgliedstaaten und die Regionen arbeiten bereits am Rahmen der reformierten Kohäsionspolitik 2014-2020. Wie wird sich Ihrer Meinung nach diese Reform auswirken? Welche ist aus Ihrer Sicht die größte Innovation der Reform?**

Wir sollten uns ernsthaft fragen, ob die Investitionen der Vergangenheit zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft beigetragen haben. Ich glaube, das Potenzial der Investitionen wurde teilweise nicht ganz ausgeschöpft. Daher müssen wir mit den Reformen gewährleisten, dass wir die richtigen Investitionen machen – zum Wohl der gesamten Europäischen Union. Jeder ausgegebene Euro soll die größtmögliche Wirkung auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit entfalten.

Deswegen geht es bei der neuen Politik um eine Kultur der Ergebnisse. Die Regionen müssen nun nicht nur angeben, wo sie das Geld ausgegeben haben, sondern auch darlegen, wie sie versucht haben, den größtmöglichen Nutzen daraus zu ziehen. Die Mittelverwendung wird überwacht, evaluiert und veröffentlicht. Damit soll sichergestellt werden, dass die gesetzten Ziele auch erreicht werden. Außerdem werden die Mittel erst dann freigegeben, wenn bestimmte, für den Erfolg der Investition wichtige Voraussetzungen erfüllt sind.

Zur Förderung von Investitionsschwerpunkten wurde außerdem festgelegt, dass der Großteil der EFRE-Mittel in vier wichtige Wachstumsbereiche fließen soll: Forschung und Innovation, KMU, IKT und die CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft. Mindestens 80% der verfügbaren Ressourcen in stärker entwickelten Regionen und 50% in weniger entwickelten Regionen müssen in diese für unsere Zukunft äußerst wichtige Bereiche investiert werden. Für den ESF gelten ähnliche Regelungen; ferner müssen mindestens 20% der ESF-Mittel für die Förderung der sozialen Eingliederung und die Armutsbekämpfung bereitgestellt werden. Mit diesem Ansatz stellen wir eine Verbindung zwischen den Investitionen und der Strategie Europa 2020 und anderen verwandten Initiativen her.

Ich glaube, dass diese Reformen den Investitionen der EU-Kohäsionspolitik neue Dynamik, Einheitlichkeit, Effizienz und Wirtschaftlichkeit gewährt werden, was sich positiv auf die Gemeinschaft auswirken wird. Wir müssen den EU-Bürgern vermitteln, dass die Mittel vernünftig ausgegeben und dadurch eine positive Wirkung auf unsere Regionen, Städte und unsere Leben erzielen werden.

► **Wie wird die Kohäsionspolitik dazu beitragen, die Probleme der Städte – Armut, soziale Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit, Luftverschmutzung und Energieabhängigkeit – zu lösen?**

Über 75% der Europäer leben in Städten oder deren Umgebung. Damit gehört Europa zu den am meisten verstädterten Kontinenten der Welt. Bis 2020 soll diese Zahl auf 80% der Bevölkerung steigen.

Es ist nicht übertrieben, zu sagen, dass die Entwicklung unserer Städte über die Zukunft von Europa entscheidet und wesentlich bei der Verwirklichung der Europa-2020-Ziele sein wird. Unsere Städte treiben das Wachstum voran, bieten vielen Unternehmen einen Standort, fördern Innovation und Unternehmertum – und tragen damit entscheidend dazu bei, uns aus der Krise zu retten. In Europa werden zwei Drittel des BIP in Städten erwirtschaftet. Wegen der Wirtschaftskrise haben jedoch zahlreiche Städte mit Problemen wie unzureichendem Wachstum, hoher Arbeitslosigkeit, Migration, sozialen Unterschieden und Armut zu kämpfen.

Deshalb habe ich entschieden, der ehemaligen Generaldirektion Regionalpolitik eine neue Aufgabe zu übertragen: die Koordinierung der EU-Initiativen für Stadtpolitik. Die nunmehr „Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung“ genannte Einrichtung beschäftigt sich vermehrt mit der wichtigen Rolle unserer Städte und städtischen Gebiete bei der Entscheidungsfindung und der Politikgestaltung auf EU-Ebene. Zurzeit werden 40% der EFRE-Mittel für Städte ausgegeben. Diese Zahl wird voraussichtlich steigen. Viele der Prioritäten von 2014-2020 sind für städtische Gebiete relevant, so z. B. die Förderung von Strategien für einen niedrigen CO<sub>2</sub>-Ausstoß, die Verbesserung der ökologischen Lebensbedingungen oder die Förderung der Mobilität. Hinzu kommt, dass alle Mitgliedstaaten mindestens 5% der EFRE-Mittel in integrierte Maßnahmen für eine nachhaltige Stadtentwicklung investieren sollen. Dadurch sollen die Städte mit neuen Mitteln und Lösungen ausgestattet werden, um wirtschaftliche, umweltbezogene und soziale Probleme in urbanen Gebieten zu lösen.

► **Wie wichtig sind die Mittel der Kohäsionspolitik für die Förderung von Forschung und Innovation?**

Die europäischen Regionen müssen beim Thema Innovation vorwärts kommen. Die Mitgliedstaaten mit hohen Innovationsinvestitionen schneiden besser ab als Länder mit Defiziten in diesem Bereich. Obwohl die durchschnittlichen Ausgaben für Forschung und Innovation auch während der Krise stabil bei 2% des BIP geblieben sind, liegt die EU weit hinter der globalen Konkurrenz zurück. Die Vereinigten



Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Kommissar Johannes Hahn.

Staaten und Japan, und auch Südkorea, geben mehr Geld aus für Forschung und Innovation als wir.

Zweifellos wird die Reform der Kohäsionspolitik entscheidend zur Stärkung von Forschung und Innovation in Europa beitragen. Im Zeitraum 2007-2013 sind fast 25 % der Mittel aus den EU-Strukturfonds bzw. 86 Mrd. EUR in Forschung und Innovation geflossen. Es gibt einige gute Beispiele für Projekte, die mit Kohäsionsmitteln finanziert wurden: der Cleantech-Cluster „ECO World Styria“<sup>(1)</sup> in Österreich, ein Beispiel für saubere Technologie, oder das Projekt „Art on Chairs“<sup>(2)</sup> in Portugal, ein innovatives Vorhaben, in dem kreative und traditionelle Branchen zusammenarbeiten – um nur zwei Fälle zu nennen.

Mitgliedstaaten und Regionen sind nun gefordert, ihre eigenen Stärken zu finden und mit den Investitionsmitteln gezielt zu fördern, um ihren Wettbewerbsvorteil voll auszuschöpfen. Aus meiner Sicht werden die sogenannten „Strategien für intelligente Spezialisierung“ zu vernünftigen, wirksameren Investitionen führen und das Investitionspotenzial aller europäischen Regionen aktivieren. Die Ausarbeitung der Strategien sollte in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Innovationsgemeinschaft erfolgen und von der Kohäsionspolitik unterstützt werden.

► **Was würden Sie den regionalen Behörden raten, die die operationellen Programme für 2014-2020 umsetzen sollen?**

Eine verantwortungsvolle politische Steuerung auf einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene ist hier unerlässlich.

Die Reform der Kohäsionspolitik wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung der Verwaltungseinrichtungen und der regionalen Behörden. Der Grundsatz der Partnerschaft ist das Herz des Reformprozesses und jetzt ist es wichtig, dass alle Interessenvertreter an der Umsetzung des Programms mitarbeiten: einschlägige Ministerien, Regionen, Kommunen, Berufsverbände, Forschungszentren, Unternehmen und Partner in der Zivilgesellschaft. Wir müssen weitere Partnerschaften schaffen und bestehende Kooperationen zwischen Regionen, Städten und den EU-Einrichtungen pflegen, damit die Mittel in die produktivsten Investitionen fließen und damit die größtmögliche Wirkung bei Wachstum und Beschäftigung erzielt wird. Ich erwarte von den Regionen, dass sie Verantwortung bei der Gestaltung und Stärkung der europäischen Politik übernehmen. Ich bin davon überzeugt, dass wir zusammen die Kohäsionspolitik zu einem echten Wachstumsmotor für Europa machen können.

Innovation bedeutet auch, unkonventionell zu denken, kreativ zu sein und neue Möglichkeiten der Nutzung des bestehenden Wissens zu finden, um unsere Gesellschaft auf künftige Situationen und Herausforderungen vorzubereiten. Einfach weiter machen wie bisher ist keine Handlungsalternative mehr. Wir Europäer müssen uns an der Schaffung und Gestaltung neuer Modelle mit einer höheren Wettbewerbsfähigkeit beteiligen.

► **MEHR DAZU**

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/what/future/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/index_de.cfm)  
[http://ec.europa.eu/europe2020/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm)

(1) <http://www.eco.at/>

(2) <http://www.paredesdesignmobiliario.com/en/go/art-on-chairs>

# ▶ KOHÄSIONSPOLITIK 2014-2020

## DIE 10 WICHTIGSTEN PUNKTE DER REFORM DER KOHÄSIONSPOLITIK



Modernisierung der Nicolae-Balcescu-Straße (Mioveni, Rumänien).

Mit der Verabschiedung des EU-Haushalts für 2014-2020 stehen 351,8 Mrd. EUR Kohäsionsmittel für Investitionen in europäischen Regionen und Städten zur Verfügung. Ziel dabei ist, Wachstum und Beschäftigung in der ganzen EU zu fördern und die Probleme Klimawandel und Energieabhängigkeit anzugehen.

Zusammen mit den Beiträgen der einzelnen Mitgliedstaaten und der Hebelwirkung der Finanzinstrumente sollen über 500 Mrd. EUR verfügbar gemacht werden. Die Kohäsionspolitik ist der wichtigste Posten der Investitionstätigkeit der Europäischen Union geworden und ist eng verzahnt mit den Zielen von Europa 2020. Investiert wird in allen 274 Regionen der Europäischen Union – nicht nur in den ärmsten –, um Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu fördern. Die Kohäsionspolitik ist inzwischen das Hauptinstrument zur Erreichung der EU-Ziele. Aus diesem Grund kommt den eingeführten Zielen – thematische Konzentration, Ergebnisorientierung, Ex-ante-Konditionalitäten und Nutzung geeigneter Finanzinstrumente – eine derart herausragende Bedeutung zu.

Durch die Reform der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014-2020 wird die maximale Wirkung der an die individuellen Bedürfnisse der Regionen und Städte angepassten EU-Investitionen sichergestellt.

### Die wichtigsten Elemente der neuen Kohäsionspolitik sind folgende:

#### 1 ▶ Angemessene Höhe der Investitionen in den Regionen

Es wird weiterhin in allen EU-Regionen investiert, aber die Höhe der Unterstützung und des einzelstaatlichen Beitrags (Kofinanzierungsanteil) wird an das Entwicklungsniveau angepasst:

- ▶ weniger entwickelte Regionen (BIP < 75 % des EU-27-Durchschnitts);
- ▶ Übergangsregionen (BIP 75 % bis 90 % des EU-27-Durchschnitts);
- ▶ stärker entwickelte Regionen (BIP > 90 % des EU-27-Durchschnitts).

#### 2 ▶ Zielgerichtete Wachstumsinvestitionen

Ca. 100 Mrd. EUR werden gezielt für wichtige Wachstumsbranchen bereitgestellt. Es wurden elf thematische Prioritäten für die Kohäsionspolitik vereinbart. Die Investitionen im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) konzentrieren sich auf vier Bereiche: Forschung und Innovation, die digitale Agenda, Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und die CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft. Für die einzelnen Regionenkategorien wurden



unterschiedliche Mittelzuweisungsraten vereinbart (weniger entwickelte Regionen: 50%, Übergangsregionen: 60%, und weiter entwickelte Regionen: 80%).

Davon sind mindestens 23 Mrd. EUR für die CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft (Energieeffizienz und erneuerbare Energien) vorgesehen. In diesem Bereich gibt es wiederum separate Vorgaben für die Vergabe der EFRE-Mittel (weniger entwickelte Regionen: 12%, Übergangsregionen: 15%, und weiter entwickelte Regionen: 20%).

Ca. 66 Mrd. EUR fließen durch den Kohäsionsfonds in wichtige transeuropäische Verkehrsverbindungen und Umweltinfrastrukturprojekte.

Durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) wird die Kohäsionspolitik einen bedeutenden Beitrag zu den Schwerpunkten der EU in den Bereichen Beschäftigung – zum Beispiel durch Ausbildung und lebenslanges Lernen –, Bildung und soziale Integration leisten. Mindestens 20% der ESF-Mittel müssen für die Förderung der sozialen Eingliederung und die Armutsbekämpfung bereitgestellt werden.

Die neue mit dem ESF verbundene Jugendbeschäftigungsinitiative richtet sich speziell auf junge Menschen.

### 3 ▶ Rechenschaftspflicht und Ergebnisorientierung

Mit klaren, transparenten und messbaren Zielen werden die Grundsätze der Rechenschaftspflicht und der Ergebnisorientierung unterstützt: Die Regionen und Mitgliedstaaten müssen im Voraus bekanntgeben, welche Ziele sie mit den verfügbaren Mitteln erreichen möchten, und genau darlegen, wie ihre Fortschritte gemessen werden. Auf diese Weise kann die Nutzung von Finanzressourcen überwacht und zum Gegenstand der politischen Diskussion gemacht werden. Je nach Fortschritt können für erfolgreiche Programme zum Ende des Zeitraums zusätzliche Mittel (über die sogenannte „leistungsgebundene Reserve“) bereitgestellt werden.

### 4 ▶ Voraussetzungen für die Mittelzuweisung

Bevor die Mittel verteilt werden können, müssen zur Gewährleistung einer zielführenden Investition bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Hiermit soll sichergestellt werden, dass die Investitionen in einem günstigen Kontext getätigt werden und ihre Wirkung dadurch maximiert wird. Die Investitionen werden erst dann freigegeben, wenn bestimmte Strategien vorliegen oder bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Beispiele für Voraussetzungen sind u. a. Strategien für „intelligente Spezialisierung“, wirtschaftsfreundliche Reformen, Verkehrsstrategien, Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Auftragswesens oder die Einhaltung von Umweltschutzgesetzen.

### 5 ▶ Koordiniertes Handeln

Es muss eine gemeinsame Strategie für eine bessere Koordinierung und weniger Überschneidungen erarbeitet werden. Ein Gemeinsamer Strategischer Rahmen bildet die Basis für eine bessere Koordinierung zwischen den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds – EFRE, Kohäsionsfonds und ESF als die drei Fonds der Kohäsionspolitik

sowie der Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und die Fischereifonds). Dies schafft auch eine bessere Verbindung zu anderen EU-Instrumenten wie Horizont 2020 und der Fazilität „Connecting Europe“.

### 6 ▶ Vereinfachung von Verfahren

Der bürokratische Aufwand muss reduziert und die Nutzung der EU-Mittel vereinfacht werden. Nützliche Maßnahmen hierbei sind z. B. gemeinsame Vorschriften für alle ESI-Fonds sowie einfachere Rechnungsführungsregeln, zielgerichtete Anforderungen an die Berichterstattung und die verstärkte Nutzung digitaler Technologie („E-Cohesion“).

### 7 ▶ Erhöhung des Anteils für die Städte

Der städtischen Dimension der Kohäsionspolitik soll eine größere Bedeutung beigemessen werden. Hierfür wurde festgelegt, dass – neben den anderen Ausgaben für Städte – ein Mindestbeitrag der EFRE-Gelder in integrierte Projekte in Städten investiert wird. Mit den Mitteln sollen Lösungen für wirtschaftliche, ökologische und soziale Probleme in Städten gesucht werden.

### 8 ▶ Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit soll gestärkt und die Einrichtung grenzüberschreitender Projekte erleichtert werden. Außerdem sollen makroregionale Strategien, wie die für den Donau- und den Ostseeraum, durch einzelstaatliche und regionale Programme unterstützt werden.

### 9 ▶ Einheitlichkeit und Kohärenz

Die Kohäsionspolitik muss mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik der EU im Einklang sein. So müssen die Programme mit den nationalen Reformprogrammen übereinstimmen, die mit den Mitgliedstaaten vereinbart wurden und Teil des Zyklus zur Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der EU – des sogenannten Europäischen Semesters – sind. Unter Umständen kann die Kommission die Mitgliedstaaten – gemäß der Klausel der „makroregionalen Konditionalität“ – auffordern, Programme abzuändern, um wichtige Strukturreformen zu unterstützen; der letzte Ausweg wäre die Aussetzung von Mitteln, wenn wiederholt und schwerwiegend gegen wirtschaftliche Empfehlungen verstoßen wird.

### 10 ▶ Finanzinstrumente

Es wird eine verstärkte Nutzung von Finanzinstrumenten gefördert, um KMU stärker zu unterstützen und ihnen Zugang zu Krediten zu verschaffen. Darlehen, Bürgschaften und Eigen-/Risikokapital werden durch EU-Mittel durch gemeinsame Vorschriften für alle Fonds, eine Ausweitung des Geltungsbereichs und Anreize (höhere Kofinanzierungsanteile) unterstützt. Die Betonung von Darlehen anstelle von Beihilfen sollte die Projektqualität verbessern und die Abhängigkeit von Subventionen bekämpfen.

Im Kompetenzzentrum für Windenergie in Kiel wird das Potenzial der Windenergie für Energieerzeugung und Antriebe erforscht. Das Zentrum arbeitet mit der Schifffahrtsindustrie zusammen – Schleswig-Holstein.

# ▶ INVESTITIONS- PRIORITÄTEN FÜR DIE NEUE KOHÄSIONSPOLITIK



**Die reformierte Kohäsionspolitik wird das wichtigste Investitionsinstrument der EU für die Verwirklichung der Ziele von Europa 2020 sein: Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen, Bekämpfung des Klimawandels und der Energieabhängigkeit, Armutsbekämpfung und Reduzierung der sozialen Ausgrenzung. Die Kohäsionspolitik soll außerdem durch die Beseitigung von Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Regionen den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der Europäischen Union stärken.**

Hierzu werden die drei Fonds der europäischen Kohäsionspolitik (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Europäischer Sozialfonds und Kohäsionsfonds) 11 thematische Ziele anstreben.

Wenngleich der EFRE alle 11 thematischen Ziele unterstützt, werden insbesondere die ersten vier Prioritäten ins Visier genommen. Diese vier Prioritäten sind folgende: Forschung und Innovation, Informations- und Kommunikationstechnologien, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und die Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft.

Die Mitgliedstaaten und die Regionen müssen einen bedeutenden Anteil der EFRE-Mittel (50% bis 80%) in diese Prioritätsbereiche investieren, welche insgesamt bis zu 100 Mrd. EUR (nahezu 30%) aus dem EFRE-Haushalt erhalten werden.

## 11 THEMATISCHE ZIELE FÜR DIE KOHÄSIONSPOLITIK

- 1 Ausbau von Forschung, technischer Entwicklung und Innovation
- 2 Ausweitung des Zugangs zu und der Nutzung von hochwertigen Informations- und Kommunikationstechnologien
- 3 Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU
- 4 Unterstützung der Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft in allen Branchen
- 5 Anpassung an den Klimawandel, Risikoprävention und -management
- 6 Umweltschutz und effiziente Nutzung von Ressourcen
- 7 Nachhaltigkeit im Verkehr und Beseitigung von Engpässen in zentralen Netzinfrastrukturen
- 8 Förderung einer nachhaltigen und hochwertigen Beschäftigung sowie der Mobilität der Arbeitskräfte
- 9 Förderung der sozialen Eingliederung sowie Bekämpfung von Armut und Diskriminierung
- 10 Investitionen in Bildung und Berufsausbildung zur Vermittlung von Kompetenzen und ein lebenslanges Lernen
- 11 Verbesserung der institutionellen Kapazität von öffentlichen Behörden und Interessenvertretern und effiziente öffentliche Verwaltung



Im Institut für Photonik in Barcelona wurden Projekte aus den Feldern Optik und Lichttechnologie von der EU mitfinanziert.

#### ►PRIORITÄT 1

### Ausbau von Forschung, technischer Entwicklung und Innovation

Die Wettbewerbsfähigkeit Europas, die Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze als Ersatz für die in der Krise vernichteten Jobs und insbesondere unser künftiger Lebensstandard hängen von unserer Fähigkeit ab, innovative Produkte, Dienstleistungen, Unternehmen sowie soziale Prozesse und Modelle hervorzubringen. Besonders wichtig ist dabei, dass Investitionshürden beseitigt und die Investitionen in die Forschungs- und Entwicklungsarbeit von Unternehmen im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren erhöht werden.

Zwischen 2014 und 2020 wird die Forschungs- und Innovationsarbeit in den EU-Mitgliedstaaten durch verschiedene Maßnahmen der EFRE unterstützt:

- ▶ Unterstützung innovativer Akteure (insbesondere Forschungszentren und KMU), die direkt mit der Entwicklung innovativer Lösungen und der wirtschaftlichen Verwertung neuer Ideen befasst sind, durch: Beratungs- und Unterstützungsangebote, direkte Investitionen und Finanzierungsinstrumente zur Erschließung privater Finanzierungsquellen.
- ▶ Investition in Infrastruktur, Ausstattung, Pilotproduktlinien und eine hochmoderne Produktion, die für Aktivitäten in der angewandten Forschung und Entwicklung notwendig sind, einschließlich Technologien, die den Weg zu weiteren Innovationen in zahlreichen anderen Bereichen eröffnen.

### SPEZIELLE TERRITORIALE EIGENSCHAFTEN

- ▶ Im Rahmen der **Programme zur europäischen territorialen Zusammenarbeit** werden mindestens 80% der Mittel auf die vier oben erwähnten thematischen Prioritäten konzentriert.
- ▶ Mindestens 5% der EFRE-Mittel auf einzelstaatlicher Ebene sind für eine **nachhaltige Stadtentwicklung** vorgesehen; hierfür ergreifen die Städte selbst „integrierte Maßnahmen“.
- ▶ Regionen, die durch ihre geografische Lage benachteiligt sind – z. B. **abgelegene, bergige oder dünn besiedelte Gebiete** – genießen einen Sonderstatus.
- ▶ Die **am Rand des EU-Territoriums gelegenen Regionen** genießen besondere Unterstützung durch den EFRE, um eventuelle Nachteile durch die Lage auszugleichen.

- ▶ Erleichterung der Zusammenarbeit, Netzwerkarbeit und Partnerschaft zwischen verschiedenen Akteuren in Sachen Innovation, die im selben Bereich arbeiten – Universitäten, Forschungs- und Technikzentren, KMU und große Unternehmen –, um Synergien zu schaffen und den Transfer von Technologien zu ermöglichen.
- ▶ Investition in die Innovation durch KMU, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Die Mitgliedstaaten und Regionen müssen als Voraussetzung für die Zuteilung von EFRE-Investitionsmitteln für Forschung und Innovation „Regionale Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung“ (RIS3) ausarbeiten. Mit solchen Strategien sollen alle europäischen Regionen ihr Innovationspotenzial vollständig erschließen können, indem sie die Ressourcen gezielt auf bestimmte Wachstumsbereiche konzentrieren, in denen sie Wettbewerbsvorteile haben.

An der Ausarbeitung der Strategien sollen die beteiligten Interessenvertreter – z. B. Forscher, die akademische Welt, Unternehmen und öffentliche Behörden – teilnehmen. In der Strategie sollen neue Wege der Verwertung vorhandenen Wissens sowie neue Formen der Nutzung von europäischen, einzelstaatlichen und privaten Investitionsmitteln thematisiert werden. Darüber hinaus soll dazu beigetragen werden, Synergien mit anderen Politikbereichen und Finanzierungsinstrumenten der EU zu ermöglichen, insbesondere mit Horizont 2020, dem Forschungs- und Innovationsprogramm der EU für den Zeitraum 2014-2020.



IT-Grundlagen für e-Citizens, Vilnius, Litauen.

►PRIORITÄT 2

## Ausweitung des Zugangs zu und der Nutzung von hochwertigen Informations- und Kommunikationstechnologien

Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind eine wichtige Triebkraft für Wirtschaftswachstum, Innovation und Produktivität und spielen in zahlreichen Bereichen eine Rolle.

Zwischen 2014 und 2020 werden die EFRE-Investitionen den Zugang, die Nutzung und die Qualität der Informations- und Kommunikationstechnologien verbessern. IKT-Investitionsmaßnahmen anderer Natur können darüber hinaus im Rahmen von Initiativen aus anderen thematischen Zielen finanziert werden.

### Die EFRE-Investitionen haben folgende Ziele:

- ▶ Investitionen in IKT-Infrastruktur in allen Regionen, insbesondere in abgelegenen und ländlichen Gebieten sowie in weniger entwickelten EU-Regionen.
- ▶ Ausbau des Zugangs zum Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetz (insbesondere zu den so genannten „Netzen der nächsten Generation“), um die Produktivität von Unternehmen zu stärken und den Bürgerinnen und Bürgern in abgelegenen Regionen zu ermöglichen, von zu Hause aus zu arbeiten oder elektronische Gesundheitslösungen in Anspruch zu nehmen.
- ▶ Investitionen in die Entwicklung und Modernisierung von IKT-Tools, so z. B. in die elektronische Infrastruktur für Forschung und Innovation, in Cloud-Computing, Informations- und Internetsicherheit.

- ▶ Förderung der Umstellung auf die innovative Nutzung von IKT-Lösungen durch Firmen, Bürgerinnen und Bürger und die öffentliche Verwaltung. Dazu zählen die elektronische Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen (E-Health), Verfahren im öffentlichen Dienst (E-Government), KMU (E-Learning, E-Business usw.).

Die einzelstaatlichen und regionalen Behörden müssen – als Voraussetzung für die Zuweisung von Investitionsmitteln für die Entwicklung von IKT-Produkten und Dienstleistungen – ein „strategisches Rahmenwerk für digitales Wachstum“ ausarbeiten.

## THEMATISCHE KONZENTRATION

Neben den spezifischen Vorgaben des Ziels der CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft müssen die Mitgliedstaaten und Regionen einen Teil der EFRE-Ressourcen für diese vier wichtigen thematischen Prioritäten bereitstellen.

- ▶ Weiter entwickelte Regionen: mindestens 80 % der EFRE-Mittel müssen auf mindestens zwei der Prioritäten konzentriert werden.
- ▶ Übergangsregionen: 60 % der EFRE-Mittel müssen auf mindestens zwei der Prioritäten konzentriert werden.
- ▶ Weniger entwickelte Regionen: 50 % der EFRE-Mittel müssen auf mindestens zwei der Prioritäten konzentriert werden.

In den Mitgliedstaaten sollen die EFRE-Mittel auch zur Lösung von Problemen genutzt werden, die im jeweiligen Reformprogramm erkannt wurden, sowie für jegliche relevante landesspezifische Empfehlungen.



Das Finnvera-Projekt stützt KMU mit Risikokapital aus – Pohjois-Karjala, Finnland.

Jeder Mitgliedstaat, der vorhat, Mittel der Kohäsionspolitik für Breitbandinvestitionen zu nutzen, muss darüber hinaus einen „Plan für die Netze der nächsten Generation“ erarbeiten, in dem Gebiete identifiziert werden, in denen ein öffentlicher Eingriff erforderlich ist. Die lokalen und regionalen digitalen Agenden hängen eng mit den Strategien der intelligenten Spezialisierung zusammen.

### ►PRIORITÄT 3 Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU

Kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der europäischen Wirtschaft und treiben Wachstum, Beschäftigung und Kohäsion voran, wobei sie zwei Drittel der Arbeitsplätze im privaten Sektor schaffen. Die Förderung des Unternehmertums und die Investitionen in KMU sind daher von großer Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung in Europa.

Um in einem globalen Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen KMU ihre Produktivität erhöhen und die Qualität und Differenzierung ihrer Produkte, Dienstleistungen und ihres Marketings verbessern.

Mit den EFRE-Investitionen sollen Bereiche zur Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der KMU unterstützt werden. Dazu gehören folgende Maßnahmen:

- Finanzierung durch Beihilfen, Darlehen, Bürgschaften, Risikokapital etc.

- Erschließung von geschäftlichem Know-how und Beratung, Informationen und Networking-Gelegenheiten, einschließlich grenzüberschreitender Partnerschaften.
- Verbesserung des Zugangs zu globalen Märkten und Eindämmung des unternehmerischen Risikos.
- Nutzung neuer Wachstumsquellen, zum Beispiel umweltfreundliche Wirtschaft, nachhaltiger Tourismus, Gesundheits- und Sozialdienstleistungen, einschließlich der „Seniorenwirtschaft“ und der Kultur- und Kreativwirtschaft.
- Knüpfung wertvoller Kontakte zu Forschungszentren und Universitäten, um die Innovation zu fördern.

### ►PRIORITÄT 4 Unterstützung der Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft in allen Branchen

Zu den Kernzielen der Strategie Europa 2020 gehören die Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20% gemessen an den Werten von 1990, die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien im Endenergieverbrauch auf 20% und eine Erhöhung von 20% der Energieeffizienz.

Vor diesem Hintergrund sollen mit den EFRE-Mitteln eine höhere Energieeffizienz und die Umstellung auf CO<sub>2</sub>-arme Ressourcen gefördert werden.

Zu den Maßnahmen gehören folgende:

- Investition in die Produktion und Verteilung von Energie aus erneuerbaren Quellen – u. a. von Biobrennstoffen und auf dem Meer beruhenden erneuerbaren Energien.
- Stärkung des Bewusstseins für und Steigerung der Nutzung von erneuerbaren Energien sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Sektor.
- Verbesserung der Energieeffizienz, intelligentes Energiemanagement und Nutzung von erneuerbaren Energien in der öffentlichen Infrastruktur, unter anderem in öffentlichen Gebäuden, im öffentlichen Wohnungsbau und im Zusammenhang mit der industriellen Produktion.
- Reduzierung der Verkehrsemissionen durch die Unterstützung der Entwicklung neuer Technologien und die Förderung des öffentlichen Personenverkehrs, der Radwege und der Fußgängerbereiche.
- Entwicklung integrierter Strategien für eine CO<sub>2</sub>-arme Gesellschaft, insbesondere für städtische Gebiete, z. B. öffentliche Straßenbeleuchtung und intelligente Stromnetze sowie nachhaltige Stadtverkehrspläne.
- Förderung von Forschung und Innovation im Bereich CO<sub>2</sub>-armer Technologien.

Als Voraussetzung für die Zuteilung der Mittel müssen *weiter entwickelte Regionen* mindestens 20%, *Übergangsregionen* 15% und *weniger entwickelte Regionen* 12% der EFRE-Mittel für diese Priorität vorsehen.

#### ►MEHR DAZU

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/what/future/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/index_de.cfm)

# ►NACHRICHTEN

## [IN KÜRZE]



### AUFNAHME DER VERHANDLUNGEN MIT DER TÜRKEI ÜBER REGIONALPOLITIK

Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei haben die Gespräche über das Kapitel zur Regionalpolitik des gemeinschaftlichen Besitzstandes begonnen.

Um die Verhandlungen über „Kapitel 22: Regionalpolitik und Koordinierung der strukturellen Instrumente“ starten zu können, musste die Türkei einen detaillierten Aktionsplan sowie einen dazugehörigen Zeitplan vorlegen, in denen die Ziele und Fristen der Umsetzung der EU Kohäsionspolitik und der Aufbau der notwendigen Einrichtungen klar beschrieben werden. Die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei in den letzten zehn Jahren ist beeindruckend. Jetzt müssen allerdings Maßnahmen ergriffen werden, um den dabei erzielten Wohlstand gleichmäßig auf alle Regionen zu verteilen.

Das Kapitel 22 über Regionalpolitik umfasst wenige Vorschriften. Hauptsächlich werden der Aufbau von Verwaltungskapazität und die Ausarbeitung von intelligenten Strategien verlangt, um die Qualität der Programme und Projekte zu sichern und eine fehlerfreie Umsetzung zu gewährleisten. Um das Kapitel schließen zu können, muss die Türkei beweisen, dass ausreichende technische und menschliche Ressourcen zur Verfügung stehen und eine funktionierende nationale Strategie zur Verringerung der Unterschiede zwischen den Regionen verabschiedet wurde. Schließlich erhält die Türkei die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit allen an der grenzüberschreitenden, interregionalen und transnationalen Kooperation beteiligten EU-Mitgliedstaaten.

Die Kommission freut sich auf die lange und harte Arbeit, die zur Erfüllung der oben genannten Bedingungen notwendig sein wird.

►MEHR DAZU

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-958\\_en.htm?locale=EN](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-958_en.htm?locale=EN)

### NEUES HANDBUCH FÜR LOCAL AND REGIONAL AUTHORITIES

Der Ausschuss der Regionen hat gerade ein neues „Handbuch für lokale und regionale Behörden“ veröffentlicht. Die Veröffentlichung ist Teil einer übergeordneten Kommunikationskampagne, mit der die Strategie Europa 2020 in der Öffentlichkeit bekannt gemacht wird. Im Handbuch werden der Politikzyklus und die Ziele der Strategie dargestellt. Außerdem wird erläutert, wie lokale und regionale Behörden ihre eigenen Aktivitäten in die EU Politik integrieren können. Auch Finanzinstrumente zur Förderung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums werden vorgestellt. Es werden viele Beispiele für bewährte Verfahren aus Regionen der EU sowie zahlreiche Links zu interessanten Programmen, Projekten und Instrumenten gegeben. Schließlich enthält das Handbuch eine Liste mit Vereinigungen, Netzwerken und Auszeichnungen zur Förderung des Informationsaustausches und der Anerkennung positiver Ergebnisse.



►MEHR DAZU

Das Buch kann als PDF-Datei oder eBook von dieser Website heruntergeladen werden: <http://cor.europa.eu/de/documentation/brochures/Pages/delivering-europe-2020-strategy.aspx>

## EUROSTAT JAHRBUCH DER REGIONEN 2013

Statistiken sind ein wichtiges Werkzeug, wenn man die Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf ein bestimmtes Gebiet oder eine bestimmte Region verstehen und quantifizieren möchte. Das Eurostat Jahrbuch der Regionen 2013 bietet ein ausführliches Bild, das sich zusammensetzt aus einer Reihe statistischer Themen aus den Regionen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie der EFTA-Länder und der EU-Beitrittskandidaten. In jedem Kapitel

**JETZT  
ERHÄLT-  
LICH**



findet der Leser statistische Informationen in Form von Karten, Abbildungen und Tabellen. Ergänzt werden die Informationen mit den wichtigsten Erkenntnissen, Datenquellen und dem politischen Kontext.

Es werden regionale Indikatoren für die folgenden 11 Themen vorgestellt: Wirtschaft, Bevölkerung, Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarkt, strukturelle wirtschaftliche Statistiken, Tourismus, Informationsgesellschaft, Landwirtschaft, Verkehr sowie Wissenschaft, Technologie und Innovation. Darüber hinaus enthält diese Ausgabe vier Schwerpunktkapitel: europäische Städte, Definition von Stadt und Großstadregion, Einkommen und Lebensbedingungen je nach Grad der Verstädterung und Entwicklung des ländlichen Raums.

### ► MEHR DAZU

Das Buch kann unter diesem Link bestellt werden:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu>

## REGIOSTARS- FINALISTEN 2014



Die Jury für die Auszeichnung RegioStars hat die Finalisten für das Jahr 2014 benannt. Mit dieser Auszeichnung sollen besonders inspirierende und innovative Regionalprojekte in Europa geehrt werden. Die Jury wählte die 19 Finalisten aus 80 Projekten aus, die mit EU-Mitteln für die Kohäsionspolitik gefördert wurden. Dabei wurden vier Kriterien zugrunde gelegt: Innovation, Einfluss, Nachhaltigkeit und Partnerschaft.

Die Finalisten stammen aus Städten und Regionen, die über 17 Mitgliedstaaten verteilt sind: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Spanien, die Tschechische Republik, Ungarn und das Vereinigte Königreich.

Die Finalisten stellen ihre Projekte am 8. Oktober anlässlich der 11. Europäischen Woche der Regionen und Städte bei den

OPEN DAYS 2013 der Jury vor. Ihr Vorsitzender ist Luc Van den Brande, der frühere Präsident des Ausschusses der Regionen. Die Gewinner werden am 31. März 2014 bei der von EU-Kommissar Hahn geleiteten Preisverleihung in Brüssel vorgestellt. Ausführliche Informationen über die Projekte der Finalisten finden Sie in der Broschüre, die in der RegioStars-Website heruntergeladen werden kann.

### ► MEHR DAZU

Auszeichnung RegioStars:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/projects/regiostars/regiostars\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/projects/regiostars/regiostars_en.cfm)

Open Days 2013

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/conferences/od2013/index.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2013/index.cfm)

# ▶ MIT EIGENEN WORTEN

## SO SEHEN INTERESSENVERTRETER DIE KOHÄSIONSPOLITIK 2014-2020



In der Rubrik „Mit eigenen Worten“ von *Panorama* können Sie sich Gehör verschaffen und Rückmeldungen zur praktischen europäischen Politik auf regionaler Ebene geben. In dieser Ausgabe hat *Panorama* Interessenvertreter auf lokaler, regionaler, einzelstaatlicher und gemeinschaftlicher Ebene um ihre Ansichten – und Hoffnungen – zur Reform der Kohäsionspolitik gebeten.

*Panorama* freut sich auf Ihre Beiträge in eigener Sprache, die eventuell in künftigen Ausgaben erscheinen werden. Wenden Sie sich an uns unter [regio-panorama@ec.europa.eu](mailto:regio-panorama@ec.europa.eu), wenn Sie die Abgabefrist erfragen möchten oder die Richtlinien der Beiträge benötigen.



### ▶ KONFERENZ DER PERIPHEREN KÜSTENREGIONEN DER GEMEINSCHAFT (KPKR) MAKROÖKONOMISCHE KONDITIONALITÄT SENDET DAS FALSCHES SIGNAL

Mit dem im November verabschiedeten Gesetzespaket der Kohäsionspolitik wurden eine Reihe positiver Innovationen eingeführt, so z. B. die Kategorie der Übergangsregionen und die Partnerschaftsbestimmungen. Die KPKR lobt die leider erfolglosen Bemühungen des Europäischen Parlaments, Verknüpfungen zwischen der Kohäsionspolitik und der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU und den wichtigen Zugeständnissen aus dem Gesetzestext zu tilgen, so z. B. die Aussetzung von Zahlungen auf maximal 50% pro operationellem Programm einzuschränken. Die makroökonomische Konditionalität sendet das falsche Signal an die europäischen Regionen und wird negative Auswirkungen auf die Umsetzung der operationellen Programme haben, insbesondere in den Regionen, in denen Investitionen zur Sicherung von Arbeitsplätzen am dringendsten benötigt werden.

**ANNIKA ANNERBY JANSSON** – *Präsidentin der Region Skåne (SW) und Präsidentin der KPKR*

### ▶ BUSINESSEUROPE

#### DIE PRIVATWIRTSCHAFT KANN EINE SCHLÜSSELROLLE IN DER ENTWICKLUNG DER REGIONEN SPIELEN

Eine Regionalpolitik mit einer stärkeren Ergebnisorientierung muss zeitgerecht und effektiv umgesetzt werden, sodass die Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung erheblich gesteigert werden können. Die endgültige Entscheidung, nach der Unternehmen aller Größen Regionalmittel im Rahmen der Prioritäten Forschung und Innovation, CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft und IKT beantragen dürfen, stellt einen Fortschritt gegenüber den restriktiveren Kriterien des ursprünglichen Vorschlags dar. Mit ihrer Kompetenz und ihrem Wissen über die lokale Wirtschaft können Unternehmen den Regionen dabei helfen, diejenigen Projekte zu verwirklichen, die am stärksten die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen erhöhen und am effektivsten zur nachhaltigen Entwicklung beitragen. Die Vereinfachung von Verfahren und die Reduzierung von administrativen Hürden würden Privatunternehmen dazu ermuntern, an einer wirksamen Verwendung der Investitionsmittel teilzunehmen.

**MARKUS J. BEYRER** – *Generaldirektor*





### ▶VERSAMMLUNG DER REGION SÜD- UND OSTIRLAND POSITIVE AUSWIRKUNG AUF DAS LEBEN DER MENSCHEN

Das Europäische Parlament hat der Kohäsionspolitik zugestimmt, die den nächsten Programmzeitraum 2014–2020 bestimmen wird. Die Versammlung der Region Süd- und Ostirland beginnt gerade ihren dritten Programmzeitraum als Behörde für die Verwaltung der von der EU kofinanzierten Programme. Beim beginnenden Zeitraum wird verstärkt auf greifbare Ergebnisse geachtet. Ich hoffe, dass die Ziele dieser intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstumspolitik zu Ergebnissen führen, die sich positiv auf das Leben der Menschen in der Region Süd- und Ostirland und in der ganzen EU auswirken. Um von einem Erfolg dieser Politik sprechen zu können, müssen die Maßnahmen letztendlich zu einer Verbesserung des Beschäftigungsumfelds beitragen. Aus meiner Sicht handelt es sich hierbei um die größte Herausforderung der EU. Es wird viel gesprochen über Vereinfachungen und ansprechende Prozesse für die Leistungsempfänger; diese Herausforderung ist noch sehr aktuell und muss im Zentrum der Umsetzungspolitik angesiedelt werden.

**DERVILLE BRENNAN** – *Versammlung der Region Süd- und Ostirland*



**SOUTHERN & EASTERN**  
Regional Assembly  
Promoting Our Region



  
PRIME MINISTER'S OFFICE  
HUNGARY

### ▶BÜRO DES PREMIERMINISTERS, UNGARN MEHR MITTEL FÜR DIE PRIORITÄTEN FORSCHUNG, INNOVATION UND KMU

Die Mitgliedschaft Ungarns in der EU hängt stark mit der tausendjährigen Geschichte des Landes zusammen. Der Erfolg der Eurozone ist ein wichtiger Motor unserer Wirtschaft. Dank der effizienten Verwendung der EU-Mittel befindet sich Ungarn nach langer Zeit wieder auf einem Wachstumspfad mit solider Grundlage, was u. a. der Kohäsionspolitik zu verdanken ist. Daher freue ich mich auf die jüngst von den EU-Institutionen verabschiedete Reform, in der die Prioritäten von Europa 2020 definiert werden. Wichtige Reformelemente wie die thematische Konzentration und die stärkere Ergebnisorientierung sind der Schlüssel zum Erfolg. Aus meiner Sicht ist es von größter Bedeutung, dass EU-Mittel in Zukunft auf Prioritäten wie Forschung, Innovation und KMU – welche auch für Ungarn wichtig sind – konzentriert werden. Ungarn wird deshalb in den nächsten 7 Jahren 60% der EU-Mittel in die wirtschaftliche Entwicklung investieren. Ich bin davon überzeugt, dass das Herstellen und Aufrechterhalten eines Gleichgewichts zusammen mit der jüngsten Reform weiterhin zur nachhaltigen Entwicklung Ungarns beitragen werden.

**NÁNDOR CSEPREGHY** – *Stellvertretender Staatssekretär*

### ▶EUROPAHAUS DER FRANZÖSISCHEN BEHÖRDEN (MEPLF) UNTERSTÜTZUNG FÜR LOKALE ENTWICKLUNGSPROJEKTE IST ENTSCHEIDEND

In Krisenzeiten ist die EU-Unterstützung für lokale Entwicklungsprojekte absolut entscheidend, nicht nur für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung, sondern auch für den sozialen und territorialen Zusammenhalt. Das MEPLF hat sich stark für eine ambitionierte Kohäsionspolitik für 2014–2020 eingesetzt und begrüßt die Erhöhung der Unterstützung für Übergangsregionen, da diese Gebiete vom Wirtschaftsabschwung bedroht sind. Das MEPLF ist erfreut darüber, dass der Europäische Sozialfonds im Zentrum der Kohäsionspolitik bleibt und eine spezifische städtische Dimension eingeführt wurde, die den lokalen Interessenträgern neue Möglichkeiten für die Umsetzung integrierter, gebietspezifischer Strategien eröffnen wird. Kurz vor der Europawahl ist es wichtig, dass unsere Bürgerinnen und Bürger das tägliche Engagement der EU in unseren Gebieten spüren.

**MICHEL DESTOT** – *Vorsitzender des MEPLF, Vorsitzender der Vereinigung der Bürgermeister der Großstädte Frankreichs*



▶ POLIS – EUROPÄISCHE STÄDTE UND REGIONEN BILDEN

NETZWERKE FÜR INNOVATIVE VERKEHRLÖSUNGEN

WIR BRAUCHEN NACHHALTIGE UND EFFIZIENTE VERKEHRSSYSTEME

Polis ist erfreut über das gesteigerte Engagement für den Stadtverkehr. Die Kohäsionsmittel spielen eine grundlegende Rolle in weiten Teilen Europas und sollen die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur kontinuierlich fördern, sodass sich Länder mit abnehmenden Mittelzuschüssen im Voraus auf eine unterschiedliche, innovative Finanzierung in der Zukunft vorbereiten können. Polis begrüßt auch die Verbesserung der Verbindungen zu anderen EU-Instrumenten wie Horizont 2020. Die Koordinierung zwischen Programmen kann in der Tat zu besseren Ergebnissen führen. Eine Analyse der Kohäsionspolitik 2007-2013 zeigt, dass nur wenige Projekte im Bereich der multimodalen Verkehrssysteme durchgeführt wurden. Wir hoffen, dass sich die Lage mit dem neuen Rahmenwerk ändert und nicht nur mehr multimodale Verkehrslösungen, sondern im Allgemeinen der Stadtverkehr unterstützt wird, denn eine nachhaltige städtische und regionale Entwicklung erfordert effiziente Verkehrssysteme. Solche Systeme sind für das Wachstum in den Städten und Regionen Europas unerlässlich. Polis hofft, dass die neue Fazilität „Connecting Europe“ Möglichkeiten für nachhaltige Verkehrsprojekte für Städte und Regionen bieten wird.

SYLVAIN HAON – Generalsekretär



 LATVIAN ASSOCIATION OF LOCAL AND REGIONAL GOVERNMENTS

▶ LETTISCHER KOMMUNALVERBAND (LPS)

WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG SIND DAS GEMEINSAME ZIEL

Die lettischen Kommunen und der LPS haben sich am Entwurf der Beratungs- und Programmdokumente beteiligt, in denen die nationalen Regierungen zur Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der lokalen Behörden aufgefordert werden. Wir haben eine gezieltere Anwendung der EU-Strukturfonds in den nächsten sieben Jahren verlangt. Dabei sollen nicht nur positive statistische Indikatoren gewährleistet, sondern eine tatsächliche Verbesserung aller Menschen in Lettland erzielt werden. Dies ist eng mit den Kohäsionspolitikzielen der Reduzierung der ökonomischen, sozialen und territorialen Unterschiede verbunden – diese Entwicklung soll nicht unterbrochen werden. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Europäische Kommission die Notwendigkeit kontinuierlicher Investitionen in die Straßeninfrastruktur Lettlands nicht verstanden hat. Wir sind davon überzeugt, dass ständige, umfangreiche Investitionen in unsere Straßeninfrastruktur die Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung sind.

ANDRIS JAUNSLĒINIS – Vorsitzender des lettischen Kommunalverbands, Vorsitzender der lettischen Delegation des Ausschusses der Regionen

▶ VERBAND DER SCHWEDISCHEN KOMMUNEN UND REGIONEN (SALAR)

DIE NEUE KOHÄSIONSPOLITIK IST STARK UND AUSGEWOGEN

Die Kohäsionspolitik und ihre Finanzinstrumente haben die Kommunen und Regionen Schwedens in erheblichem Umfang unterstützt. Die starke Selbstverwaltung Schwedens hat zu einer engagierten Beteiligung der Regionen in der Kohäsionspolitik während des laufenden Zeitraums geführt – eine Beteiligung, die sicherlich auch im nächsten Zeitraum fortgesetzt wird. Die öffentliche Meinung in Schweden bevorzugt deutlich eine Priorisierung der Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels. Aus diesem Grund ist die Unterstützung für zweckgebundene Investitionen im Bereich der Energieeffizienz und der CO<sub>2</sub>-armen Technologien groß. Aus meiner Sicht ist die EU-Kohäsionspolitik ausgewogen, da sie ökologische, wirtschaftliche und soziale Belange anspricht. Und dabei wird die Notwendigkeit von Wachstum und Wohlstand in den europäischen Regionen nicht vernachlässigt. Eine regionale Entwicklungsarbeit ohne Kohäsionspolitik wäre „egozentrischer“ und würde die allgemeinen Chancen und Vorteile eines wachsenden und erfolgreichen Europas übersehen. Ich freue mich deshalb darüber, dass wir erneut über eine starke Kohäsionspolitik für alle Regionen der EU verfügen.

ANDERS KNAPE – Präsident des Verbands der schwedischen Kommunen und Regionen



 Swedish Association of Local Authorities and Regions

## ▶ VERBAND DER LITAUISCHEN KOMMUNEN UND REGIONEN NEUE, BESSERE KOHÄSIONSPOLITIK FÖRdert ANNÄHERUNG DER EUROPÄISCHEN REGIONEN

Der beginnende Zeitraum wird für Litauen bereits der dritte sein und ich darf erfreut feststellen, dass die lang erwartete Reform der Kohäsionspolitik für 2014-2020 schließlich unter unserer Präsidentschaft beschlossen werden konnte. Die Maßnahmen und Innovationen der Reform liefern weitere Instrumente für die Kommunen und Regionen. Die Forderung, dass ein Teil der EFRE-Mittel in Maßnahmen fließen muss, die von kommunalen oder regionalen Behörden durchgeführt werden, wird zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Auswahl und Umsetzung der Projekte sowie zu einer Steigerung ihrer Qualität führen. Wir begrüßen außerdem den nunmehr verbindlichen Charakter des Verhaltenskodex, von dem wir uns eine bessere Umsetzung des Partnerschaftsprinzips erhoffen. Ich bin außerdem davon überzeugt, dass die Vereinfachung der Regeln zur Gestaltung und Umsetzung der kommunal verwalteten Entwicklungsstrategien und die Einführung von integrierten territorialen Investitionen die Koordinierung der territorialen Entwicklung verbessern werden.

**RIČARDAS MALINAUSKAS** – *Präsident*



ASSOCIATION OF LOCAL AUTHORITIES  
IN LITHUANIA



ESPON

## ▶ ESPON – DAS EUROPÄISCHE FORSCHUNGSNETZWERK FÜR RAUMENTWICKLUNG UND TERRITORIALEN ZUSAMMENHALT ORTBASIERTER ANSATZ ZUR ENTWICKLUNG DER REGIONEN UND STÄDTE KANN ZUM ERFOLG FÜHREN

Die Betonung des territorialen Ansatzes und der städtischen Entwicklung könnte Synergien freisetzen und Mehrwert für die europäische Wirtschaft schaffen. Die integrierten territorialen Investitionen und die von der örtlichen Bevölkerung betriebenen Maßnahmen für die lokale Entwicklung sind in diesem Zusammenhang neue wichtige Werkzeuge. Künftige Investitionsmaßnahmen, Strategien und Projekte müssen allerdings auf Fakten basieren, wobei als Referenz Regionen und Städte in ihrem europäischen Kontext herangezogen werden. Auf dieser Grundlage können fundierte Entscheidungen getroffen, Investitionsmittel intelligent zugewiesen und die angestrebten Ziele erreicht werden. Das neue Programm ESPON 2020 wird eine entscheidende Datenquelle für die Kohäsionspolitik 2014-2020 sein. Das Programm bietet gesamteuropäische, vergleichbare Angaben über Maßnahmen und Programme – z. B. Daten, Indikatoren und Analysen –, die territoriale Tendenzen, Strukturen, Perspektiven und Politikauswirkungen transparent machen. Ziel dabei ist ein schneller Wissenstransfer an europäische, einzelstaatliche, regionale und lokale Interessenträger. Wir hoffen, dass mit dem Programm das Wissen zur Anwendung kommt und dadurch neue Ideen zur Förderung von Entwicklung, Wachstum und Beschäftigung hervorgebracht werden.

**PETER MEHLBYE** – *Direktor der Koordinationseinheit von ESPON*

## ▶ SCHLESWIG-HOLSTEIN, DEUTSCHLAND NEUE SCHWERPUNKTBEREICHE FÜR DIE LANDESREGIERUNG VON SCHLESWIG-HOLSTEIN

Der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) ist sehr wichtig für die Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein. Mit weniger Fördermitteln gilt es ab 2014 klare Schwerpunkte zu setzen, um die Wirtschaftsstruktur unseres Landes zu verbessern. Mit dem neuen Operationellen Programm sollen noch mehr landesweit strukturwirksame Vorhaben als bisher gefördert werden. Auch mit reduzierten EFRE-Mitteln in Höhe von insgesamt rund 271 Mio. Euro werden wir unsere regionalen Innovationspotentiale in Forschung und Entwicklung fördern und unsere kleinen und mittleren Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stärken. Ein weiterer Schwerpunkt der EFRE-Intervention wird die Unterstützung der Energiewende sein: Die Förderung der CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft durch den Aufbau umweltgerechter Wirtschafts- und Infrastrukturen ist ein wichtiger Programmpunkt. Wir wollen in den nächsten Jahren die Fördermöglichkeiten aus dem EFRE nutzen, um Schleswig-Holstein weiter voranzubringen – mit intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum.

**REINHARD MEYER** – *Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie  
des Landes Schleswig-Holstein*



SH   
Schleswig-Holstein  
Der echte Norden



▶ **VERSAMMLUNG DER REGIONEN EUROPAS (VRE)**  
**INVESTITIONSPRIORITÄTEN GEHEN IN DIE RICHTIGE RICHTUNG**

Trotz des reduzierten und enttäuschenden Haushalts erwarten die Regionen Europas sehr viel von den neuen Strukturfonds 2014-2020 – die Regionen müssen schwierige Zeiten überstehen und gleichzeitig in die Zukunft investieren. Vor diesem Hintergrund hat man mit den Prioritäten „Arbeitsplätze für junge Menschen“, „innovative KMU“, „intelligente Spezialisierung“ und „grüne Wirtschaft“ einen Schritt in die richtige Richtung getan. Die Kohäsionspolitik ist in erster Linie eine Politik für die territoriale Entwicklung, die von und für die Regionen durchgeführt werden muss: Daher wird sich die VRE bei der Gestaltung und Umsetzung der Investitionsmaßnahmen streng an die Vorgaben des Partnerschaftsprinzips halten. Wir fordern die Regionen dazu auf, Mobilitätsmaßnahmen in ihre ESF-Programme und Maßnahmen für territoriale Zusammenarbeit in ihre ESF- und EFRE-Programme (Artikel 87.3.d) aufzunehmen. Die VRE wird im Jahr 2014 ihre Informationszyklen fortsetzen, wobei sowohl strukturelle als auch thematische Schwerpunkte behandelt werden. Zu den Themen gehören Bereiche wie Gesundheit, Unterstützung für KMU und Bildung.

**HANDE ÖZSAN BOZATLI** – *Präsident der VRE*

▶ **TILLVÄXTVERKET – DIE SCHWEDISCHE AGENTUR FÜR WIRTSCHAFTS- UND REGIONALENTWICKLUNG**  
**CO<sub>2</sub>-ARME WIRTSCHAFT IST VORAUSSETZUNG FÜR NACHHALTIGES WACHSTUM**

Ich hoffe, dass die EU-Investitionen in Schweden während der nächsten Jahre die Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft beschleunigen werden – umweltfreundliches und nachhaltiges Wachstum ist sonst nicht möglich. Im Zeitraum 2007-2013 wurden bereits Projekte aus schwedischen EFRE-Mitteln finanziert, die auf Energieeffizienz und die Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft abzielten. Die Hervorhebung dieser Priorität in den neuen Programmen wird für eine Fortsetzung dieser Politik im beginnenden Zeitraum sorgen. Ich hoffe außerdem, dass Schweden die Früchte seiner Forschungs- und Innovationsarbeit besser vermarkten kann, sodass Schwedens Regionen und Unternehmen ein besseres nachhaltiges Wachstum erzielen können.

**BIRGITTA RHODIN** – *Kommunikationsbeauftragte*



**TILLVÄXT  
 VERKET**



▶ **KOMMUNALVERBAND (LGA), ENGLAND UND WALES, VK**  
**GEMEINSAME PROJEKTDURCHFÜHRUNG VOR ORT**

Die strengeren Anforderungen für die Partnerschaftsarbeit zwischen lokalen und zentralen Behörden sind ein echter Ansporn für Kommunen und Regionen, die im nächsten Zeitraum bei der Gestaltung und Durchführung von Projekten mitentscheiden wollen. Für dieses Ziel haben wir seit dem Zeitraum 2000-2006 gekämpft. Jetzt kann die Finanzierung leichter auf die echten Bedürfnisse von Städten und Regionen zugeschnitten werden. Außerdem stehen nun neue, vielversprechende Instrumente zur Verfügung, die eine integrierte Verteilung der unterschiedlichen Finanzmittel vor Ort ermöglichen werden. Die Herausforderung besteht dabei darin, die Zentralbehörden zur Anwendung der neuen Leitlinien zu bewegen. Die Ministerien befürchten, dass die Bündelung der Mittel das Finanzmanagement und die Kontrollmaßnahmen erschweren könnte. Schließlich besteht nach wie vor die Notwendigkeit, die Prozesse vor Ort zu vereinfachen. So sollte es möglich sein, bei einem Projekt eine einzige Mittelquelle anzuwenden, z. B. EFRE oder ESF. Bei einem Bauprojekt sollte es z. B. auch möglich sein, dass die Bauarbeiter zur gleichen Zeit geschult werden.

**DOMINIC ROWLES** – *EU-Berater (Kohäsionspolitik), LGA*



socialplatform

### ►SOZIALE PLATTFORM

#### KOHÄSIONSPOLITIK GEGEN ARMUT UND AUSGRENZUNG

Angesichts der zunehmenden Armut, Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit entwickeln sich die Kohäsionsfonds schnell zu einem wichtigen Finanzinstrument für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der EU. Die Verabschiedung des neuen Gesetzgebungspakets eröffnet interessante Möglichkeiten für den sozialen Sektor und die Sozialpolitik, wenngleich die Reform ehrgeiziger hätte ausfallen können. Noch wichtiger: Das „Partnerschaftsprinzip“, das Organisationen der Zivilgesellschaft umfasst, wird ausdrücklich begrüßt. Das Wissen der Organisationen der Zivilgesellschaft wird den Kampf der Fonds gegen Armut und Ausgrenzung unterstützen. Die Zuweisung von 23,1 % der Mittel für den Europäischen Sozialfonds wird dafür sorgen, dass alle Menschen berücksichtigt werden, und nicht nur die arbeitenden. Dieser Punkt ist deshalb wichtig, weil es Menschen gibt, die möglicherweise nie arbeiten werden oder sehr spezifische Bedürfnisse haben. Wir hoffen außerdem, dass die im Programm erwähnte Förderung einer nachhaltigen und hochwertigen Beschäftigung zu einer Abnahme des Phänomens der „Armut trotz Erwerbstätigkeit“ sowie zu einer Reduzierung der prekären Beschäftigung führen wird. Schließlich freuen wir uns darüber, dass wichtige *Ex-ante*-Konditionalitäten beibehalten wurden.

HEATHER ROY – Präsident, Soziale Plattform

### ►RAT DER GEMEINDEN UND REGIONEN EUROPAS

#### BETEILIGUNG DER KOMMUNALEN UND REGIONALEN BEHÖRDEN UNERLÄSSLICH

Die Verabschiedung der neuen Kohäsionspolitik ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das neue Gesetzgebungspaket gibt den Kommunen und Regionen die Möglichkeit, innerhalb eines stabilen rechtlichen Rahmens über Investitionen in Prioritätsbereiche (Forschung und Innovation, Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft und soziale Eingliederung) zu verhandeln, die unerlässlich für die Entwicklung unserer Gesellschaften sind. Für den Erfolg der Politik ist allerdings die Beteiligung der kommunalen und regionalen Behörden an der Gestaltung, Umsetzung und Nachkontrolle der Programme unerlässlich. Hierfür sollen gemischte Arbeitsgruppen gebildet werden, in denen z. B. Behördenmitarbeiter aus verschiedenen Führungsebenen, sozioökonomische Partner und die Zivilgesellschaft kooperieren. Laut einer Studie, die wir 2013 zusammen mit unseren Mitgliedsorganisationen durchführten, haben leider nur ein Drittel der befragten EU-Länder ihre Finanzprioritäten in Partnerschaft mit unseren Kommunen und Regionen festgelegt. Aus unserer Sicht ist die Anwendung des Partnerschaftsprinzips daher von wesentlicher Bedeutung. Dementsprechend fordern wir die Europäische Kommission dazu auf, eine eindeutige Liste mit delegierten Rechtsakten für die Anwendung des Partnerschaftsprinzips zu veröffentlichen, damit Partnerschaften fortan eingerichtet werden können.

MARLÈNE SIMÉON – Politikbeauftragte, Kohäsions- und Territorialpolitik, Informationsgesellschaft und E-Government



### ►LITAUENS EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

#### NEUE MASSNAHMEN FÜR MEHR EFFIZIENZ IN DEN INVESTITIONEN

Die Reform der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014-2020 wurde endgültig verabschiedet. Die Debatte begann im Oktober 2011 und erst nach zwei Jahren und 5 aufeinander folgenden Ratspräsidentschaften konnten die schwierigen Verhandlungen abgeschlossen werden. Die Reform führt zahlreiche wichtige Elemente ein, die zu einer höheren Investitionseffizienz führen sollen. Die betont strategische Ausrichtung der Programme soll Synergien freisetzen und die Koordination zwischen den verschiedenen Finanzinstrumenten erleichtern. Die Stärkung der thematischen Konzentration der Investitionen auf für die EU wichtige Prioritätsbereiche wird den Beitrag der Kohäsionspolitik zu Verwirklichung der Ziele von Europa 2020 hervorheben. Mit der Anwendung der *Ex-ante*-Konditionalitäten wird außerdem sichergestellt, dass die Investitionen in einem strategisch und rechtlich soliden Umfeld stattfinden. Daneben sorgen die erarbeiteten Leistungsanforderungen dafür, dass die Programme realistische und gleichzeitig ehrgeizige Ziele formulieren. Mitgliedstaaten und Kommission arbeiten nun an der Fertigstellung der Dokumente der neuen Programme, die für die praktische Umsetzung der von der Reform eingeführten Elemente herangezogen werden sollen.

DARIUS TRAKELIS – Vorsitzender der Arbeitsgruppe Strukturmaßnahmen, Litauens Ratspräsidentschaft (zweite Jahreshälfte 2013)

▶ AUSSCHUSS DER REGIONEN

KOHÄSIONSPOLITIK BRINGT PARTNERSCHAFT UND SOLIDARITÄT

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre ist eine Reform der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014-2020 gelungen, die der gegenwärtigen Lage entspricht. Wachstum und Beschäftigung sind das, was die Menschen erwarten – als Stütze der Solidarität und als Investitionshaushalt spielt die Kohäsionspolitik dabei eine herausragende Rolle. Positiv zu bewerten sind die stärkere strategische Ausrichtung und die Forderung nach operationellen Programmen mit greifbaren, nachhaltigen Ergebnissen. Auf diese Weise ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass die Ziele der Strategie Europa 2020 verwirklicht werden und dass die Bürgerinnen und Bürger die Vorteile der europäischen Gemeinschaft wahrnehmen. Darüber hinaus wird die Bedeutung von Partnerschaften betont und, zum ersten Mal, auf die Notwendigkeit einer „Multi-level-Governance“ hingewiesen. Bei der Multi-level-Governance geht es darum, dass alle Regierungsebenen – kommunale, regionale, einzelstaatliche und europäische – Verantwortung übernehmen dürfen und müssen und auf dieser Grundlage zusammenarbeiten können. Nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis: in den Partnerschaftsvereinbarungen, aber auch in den „greifbaren“ operationellen Programmen.

LUC VAN DEN BRANDE – Vizepräsident, Ausschuss der Regionen, Sonderberater von Kommissar Hahn für Kohäsionspolitik und Europa 2020, mit Schwerpunkt Multi-Level-Governance



EUROPEAN UNION



Committee of the Regions



▶ REGION VALENCIA, SPANIEN

REFORM ZIELT AUF DREI STRATEGISCHE BEREICHE AB

Die reformierte Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014-2020 ist das Ergebnis eines langen und schwierigen Verhandlungsprozesses auf mehreren Ebenen. Die Region Valencia, die zusammen mit den anderen Regionen Europas an den Verhandlungen teilnahm, teilt die Werte der Reform – eine Reform, die auf drei strategische Bereiche abzielt, welche die Politik unserer Region stark bestimmen. Zunächst einmal wird der Bereich Innovation hervorgehoben, ein Katalysator für Wettbewerbsfähigkeit quer durch alle Fonds – wobei das Ziel eine echte globale Entwicklung ist. In Valencia haben wir uns auf diesen Punkt besonders gefreut, da wir Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen in für uns strategischen Branchen fördern. Zweitens wird die Schaffung von Arbeitsplätzen im beginnenden Zeitraum eine wichtige Rolle spielen. Hierfür wurden die Finanzmittel aufgestockt. Schließlich ist ein drittes wichtiges Ziel zu erwähnen: die Bekämpfung der Armut. Hierbei handelt es sich um eine gesellschaftliche Störung, die Millionen von Europäern erfasst und insbesondere in den am stärksten von der Krise betroffenen Mitgliedstaaten grassiert. Dass wir zusammenarbeiten, um dieses Problem zu lösen, ist wichtiger denn je. Unsere Region ist bereit, ihren Beitrag zu leisten.

JUAN VIESCA – Generaldirektor der Europäischen Fonds und Projekte, Regierung Valencia



VERLEIHEN  
SIE IHRER  
STIMME  
GEHÖR

regio-panorama@ec.europa.eu

# Eine reformierte Kohäsionspolitik für Europa

Die Hauptinvestitionsstrategie für Beschäftigung und Wachstum

Die für den **Zeitraum 2014 bis 2020** vereinbarten Reformen sind darauf ausgerichtet, den **Einfluss** der verfügbaren **EU-Mittel zu maximieren**.

EU-Gesamthaushalt  
2014-2020

1 082 Mrd. EUR

67,5%

sonstige  
EU-Richtlinien,  
Landwirtschaft,  
Forschung, extern usw.

730,2 Mrd. EUR

32,5%

Finanzierung der  
Kohäsionspolitik

351,8 Mrd. EUR

ABGEDECKT  
DURCH DREI  
FONDS

WACHSTUM

Intelligent  
Nachhaltig  
Integrativ

Kohäsionspolitik erreicht  
die Europa-2020-Ziele

Europa 2020 kurz erklärt

## DIE 10-JAHRES-WACHSTUMSTRATEGIE DER EU

Zielt auf Wachstum folgendes Wachstum ab:

**INTELLIGENT** durch Investitionen in  
Bildung, Forschung und Innovation

**NACHHALTIG** durch Schritte in  
Richtung einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft

**INTEGRATIV** mit Schwerpunkt auf  
die Schaffung von Arbeitsplätzen  
und die Reduzierung von Armut

1  
EUROPÄISCHER FONDS  
FÜR REGIONALE  
ENTWICKLUNG

2  
EUROPÄISCHER  
SOZIALFONDS

3  
KOHÄSIONSFONDS

351,8 Mrd. EUR  
FINANZIERUNG DER  
KOHÄSIONSPOLITIK

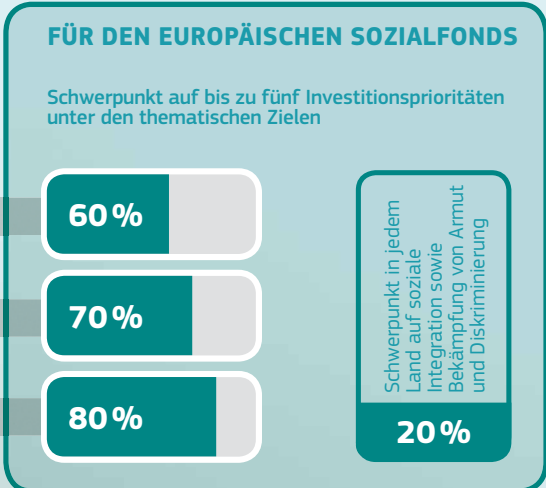
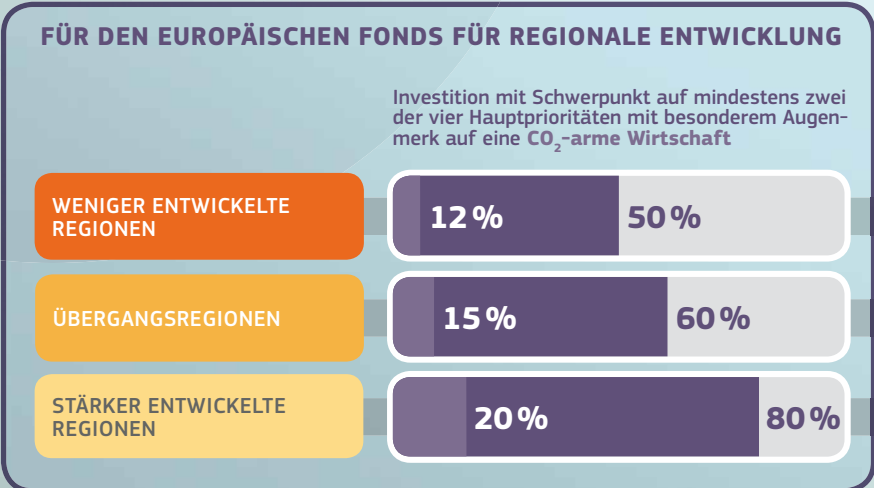
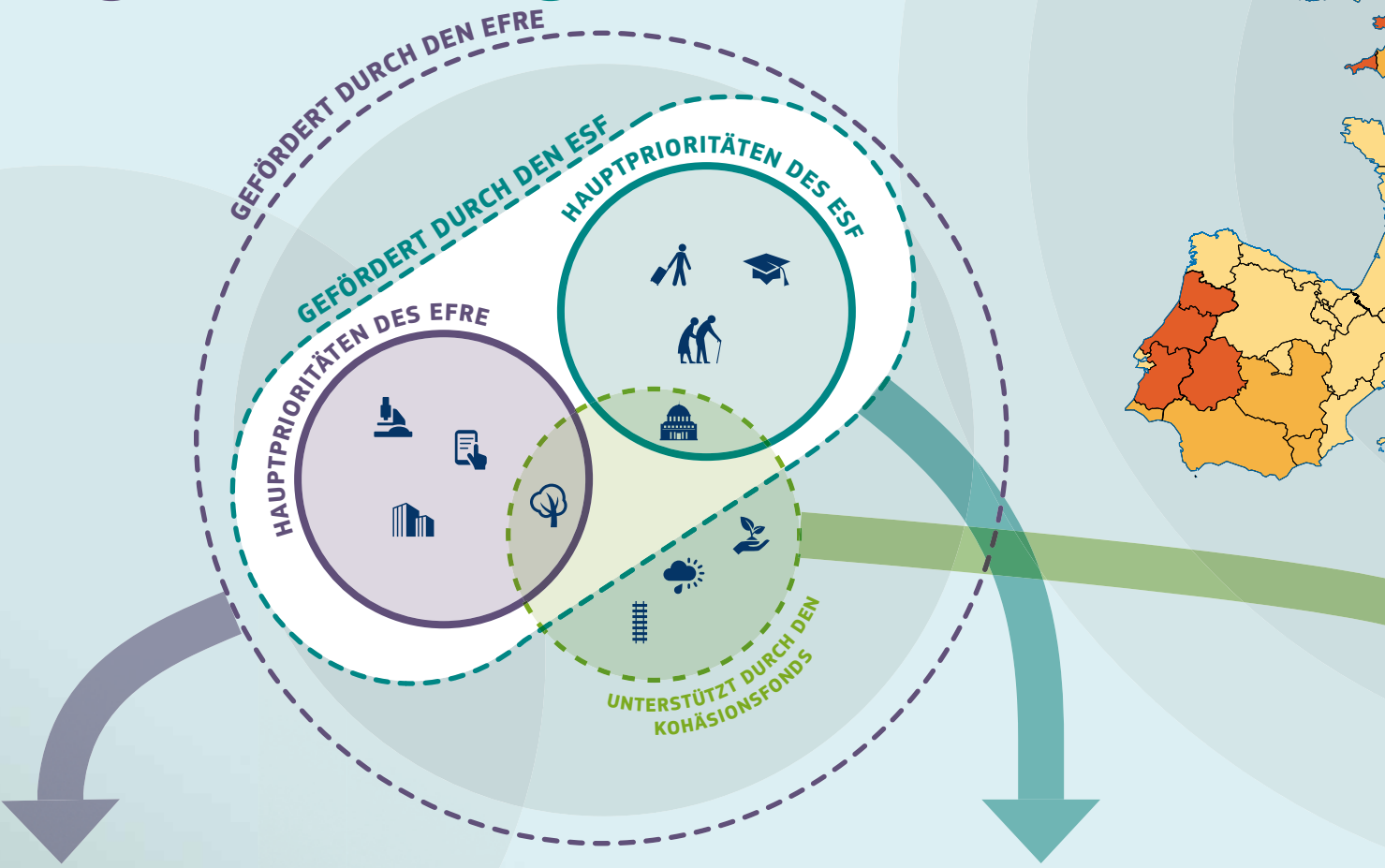
ERWARTETE  
ÖFFENTLICHE UND  
PRIVATE NATIONALE  
BEITRÄGE

MÖGLICHE AUSWIRKUNG  
DER KOHÄSIONSPOLITIK  
> 500 Mrd. EUR

# SCHWERPUNKT DER INVESTITIONEN

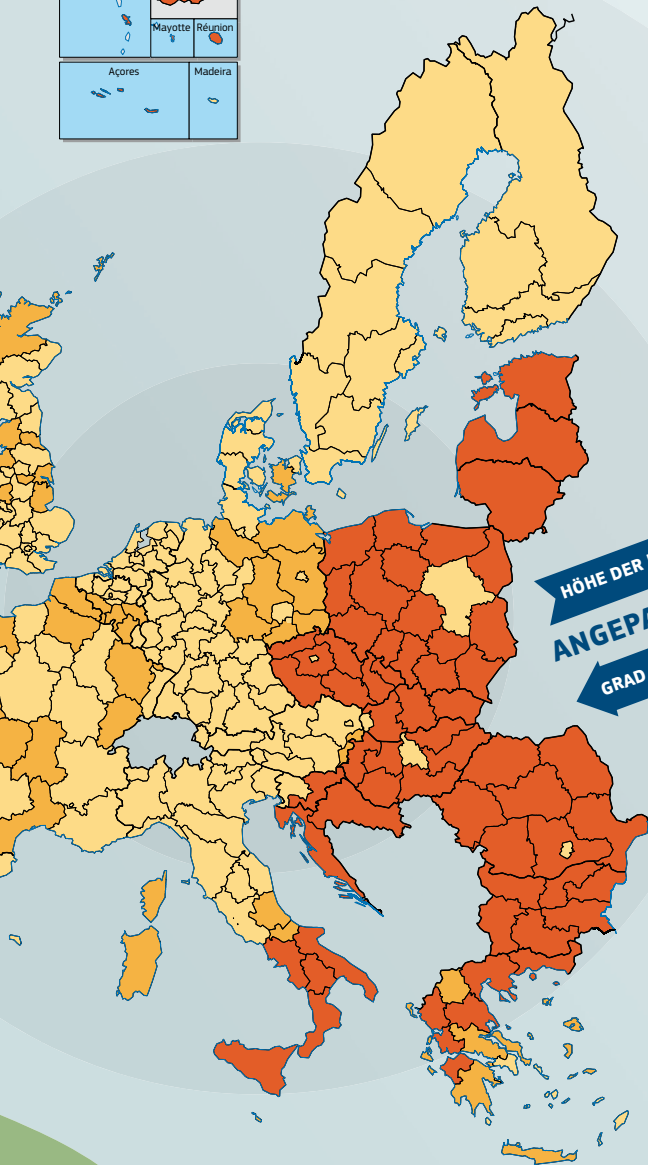
## 11 THEMATISCHE SCHWERPUNKTE ZUR ERREICHUNG DER ZIELE VON EUROPA 2020

- Forschung und Innovation**
- Informations- und Kommunikationstechnologien**
- Wettbewerbsfähigkeit von KMU**
- CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft**
- Bekämpfung des Klimawandels**
- Umweltschutz und effiziente Nutzung von Ressourcen**
- Nachhaltiger Transport**
- Beschäftigung und Mobilität**
- Verbesserung von Bildung, Schulungen**
- Soziale Integration**
- Bessere öffentliche Verwaltung**





# ALLE EU-REGIONEN PROFITIEREN DAVON



HÖHE DER INVESTITIONEN  
ANGEPASST AN DEN  
GRAD DER ENTWICKLUNG

**182,2  
Mrd. EUR**

für weniger entwickelte Regionen

BIP < 75 % des EU-27-Durchschnitts



27 % der EU-Bevölkerung

**35,4  
Mrd. EUR**

für Übergangsregionen

75 bis 90 % des EU-27-Durchschnitts



12 % der EU-Bevölkerung

**54,3  
Mrd. EUR**

für stärker entwickelte Regionen

BIP > 90 % des EU-27-Durchschnitts



61 % der EU-Bevölkerung

## FINANZIERUNG DER KOHÄSIONSPOLITIK 2014 BIS 2020 GESAMT (351,8 Mrd. EUR)

**3,2 Mrd. EUR**  
Beschäftigungsinitiative für junge Menschen (top-up)  
**0,4 Mrd. EUR**  
Innovative städtische Maßnahmen  
**10,2 Mrd. EUR**  
Europäische territoriale Zusammenarbeit

**1,6 Mrd. EUR**  
Spezifische Zuweisung für Regionen  
in äußerster Randlage und dünn  
besiedelte Regionen

**1,2 Mrd. EUR**  
Technische Unterstützung

**63,3 Mrd. EUR**  
Kohäsionsfonds

**54,3 Mrd. EUR**  
Stärker entwickelte  
Regionen

**35,4  
Mrd. EUR**  
Übergangs-  
regionen

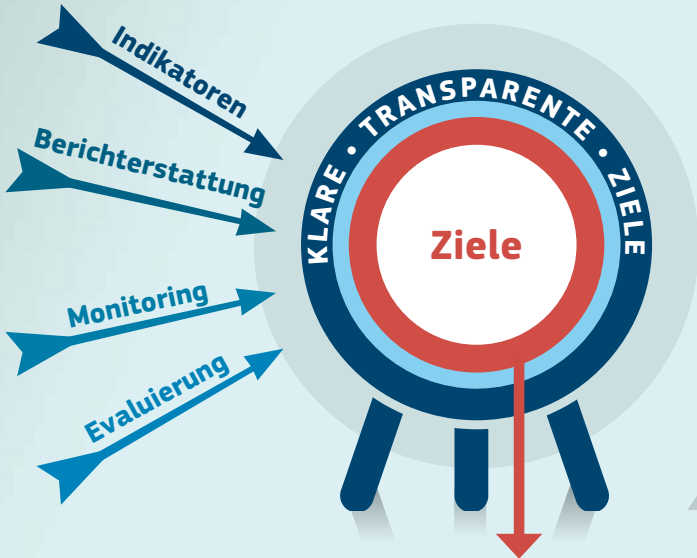
**182,2 Mrd. EUR**  
Weniger entwickelte  
Regionen

### FÜR DEN KOHÄSIONSFONDS

Investitionen mit Schwerpunkt auf transeuropäische Transportnetzwerke und Umwelt in BG, CZ, EL, ES, HR, CY, LV, LT, HU, MT, PL, PT, RO, SI, SK

# WAS IST NEU FÜR 2014 BIS 2020?

## VERBESSERTE ERGEBNISORIENTIERUNG



LEISTUNGS-  
GEBUNDENE RESERVE  
VON 6% BEREITGESTELLT 2019

## BEDINGUNGEN\* VOR ZUTEILUNG DER FÖRDERMITTEL



- Einhaltung der Umweltschutzgesetze
- Öffentliches Auftragswesen
- Unerlässliche Verkehrsverbindungen
- Unternehmensfreundliche Reformen
- Strategien für „intelligente Spezialisierung“

\*Abhängig von den ausgewählten thematischen Zielen

## GEMEINSAME REGELUNGEN



## VEREINFACHUNG

- Gemeinsames Regelwerk für alle europäischen Struktur- und Investitionsfonds
- Klarere Regelungen zur Förderfähigkeit
- Stärkere Verwendung digitaler Technologie (e-Cohesion)
- Weitere zielgerichtete Anforderungen an die Berichterstattung
- Einfachere Rechnungslegungsregeln
- Multifonds-Programm



Mit grafischen Darstellungen kann der Kern einer Erzählung schnell erfasst werden.

# ► BESSERE UND EFFEKTIVERE KOMMUNIKATION

## AUFWERTUNG DER KOMMUNIKATION IN DER KOHÄSIONSPOLITIK 2014-2020

**Die Kohäsionspolitik ist das Instrument für die Umsetzung der europäischen Regional- und Beschäftigungspolitik und umfasst den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Sozialfonds. Der Haushalt der Kohäsionspolitik beläuft sich auf 352 Mrd. EUR für 2014-2020, über ein Drittel des Haushalts der Europäischen Union. Dennoch ist den europäischen Bürgerinnen und Bürgern der Einfluss dieser Gelder auf ihre Städte und Regionen nicht immer bewusst.**

Laut einem „Flash Eurobarometer“ <sup>(1)</sup> (siehe Kasten auf Seite 30), das in allen EU-Ländern im September 2013 zur Ermittlung der Wahrnehmung der EU-Regionalpolitik unter den Europäern durchgeführt wurde, wird die Regionalpolitik sehr unterschiedlich in den einzelnen Mitgliedstaaten wahrgenommen. Obwohl die Vermittlung der Errungenschaften der EU-Kohäsionspolitik schon jetzt eine wichtige Zuständigkeit der Verwaltungseinrichtungen und der Empfänger der Leistungen der Programme und Projekte ist, soll die Kommunikation der EU-Kohäsionspolitik im beginnenden Zeitraum 2014-2020 stärker betont werden.

Die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung hat bereits Maßnahmen ergriffen, um die Sichtbarkeit der EU-Kohäsionspolitik zu erhöhen. Dazu gehört eine externe Evaluierung von „Good practices in EU regional policy

communication 2007-2013 and beyond“ (Bewährten Verfahren in der Kommunikation der EU-Regionalpolitik im Zeitraum 2007-2013 und darüber hinaus).

Die Ergebnisse dieser Studie wurden wiederum in einer in Brüssel veranstalteten Konferenz am 9.-10. Dezember 2013 verwertet. Dort trafen sich Kommunikationsbeauftragte aus europäischen, einzelstaatlichen und regionalen Behörden, die sich mit der Vermittlung der Auswirkungen der europäischen Struktur- und Investitionsfonds befassen. Unter dem Titel „Telling the Story“ (Geschichten erzählen) wurde während der Konferenz auf die Notwendigkeit hingewiesen, konkretere Beispiele gelungener lokaler Projekte und positiver Auswirkungen zu geben, um die Wahrnehmung der Europäischen Union zu verändern.

In der Konferenz wurden die Verwaltungsbehörden außerdem mit nützlichem Wissen ausgestattet, die sie nun für den Abschluss ihrer Kommunikationsstrategien für die (laut den Regeln der neuen Kohäsionspolitik obligatorischen) operativen Programme nutzen sollten. Die Erfahrungen der Kollegen aus anderen Ländern, der Ideenaustausch und das Networking haben den Aufbau einer Plattform für eine effektivere Kommunikation ermöglicht.

Was die rechtlichen Aspekte angeht, hat die Kommission bestehende Informationen und Kommunikationsregeln im Bereich der Kohäsionspolitik geklärt und aktualisiert.

(1) Flash Eurobarometer: Bürgerbewusstsein und -wahrnehmung der EU-Regionalpolitik.

# ▷ BEWÄHRTE VERFAHREN IN DER KOMMUNIKATION DER EU REGIONALPOLITIK

**2013 hat die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung eine Evaluierung der Kommunikation der EU-Regionalpolitik in Auftrag gegeben, um bewährte Verfahren der EU-Mitgliedstaaten zu ermitteln und den eigenen Kommunikationsansatz zu überprüfen.**

In der Sekundärforschung wurden alle EU-Mitgliedstaaten evaluiert. Für die ausführliche Feldarbeit wurden acht Länder ausgewählt: Estland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, Polen, Schweden und Spanien.

Zu den Kriterien, die zur Ermittlung bewährter Verfahren herangezogen wurden, gehören folgende:

- ▶ einfache, verständliche Sprache;
- ▶ innovatives, ansprechendes, auffallendes und/oder benutzerfreundliches Design;
- ▶ ausreichende Präsenz in den Medien und/oder Erreichung der Zielgruppen;
- ▶ verständliche Darstellung der Rolle der EU und Beachtung der Sichtbarkeitsregeln.

In der Evaluierung wurden bewährte Verfahren in zahlreichen Bereichen ermittelt:

- ▶ Plakatwettbewerb in Estland; die Idee wurde später auch in anderen Mitgliedstaaten erfolgreich umgesetzt;
- ▶ TV-Quiz über Europa mit Schulklassen in Andalusien, Spanien;
- ▶ ansprechende Broschüre über die Kohäsionspolitik, die allen Haushalten Sachsens zugestellt wurde;
- ▶ kurze Aufklärungsvideos in Polen und Brandenburg;

TV-Quiz über Europa in Andalusien.



- ▶ innovative Kampagne mit Kunstinstallationen über konkrete Auswirkungen der EU-Regionalpolitik auf Ungarn;
- ▶ Jährlich stattfindende „Tage der offenen Türen“ bei Projekten in Frankreich und den Niederlanden.

Es ist nach wie vor die Aufgabe der Verwaltungsbehörden, das (zurzeit scheinbar mangelnde) Interesse von Öffentlichkeit und Medien zu wecken. Berichtswerte Geschichten zu finden und zu erzählen – z. B. über Projekte, die Relevanz auf lokaler, regionaler oder gar nationaler Ebene entfalten – ist eine Aufgabe, die alle regionalen Kommunikationsverantwortlichen gemeinsam bewältigen müssen.

**▶ MEHR DAZU**

Melden Sie sich bei RegioNetwork an und lesen Sie den vollständigen Bericht:  
<http://bit.ly/1fpMQ5s>

# ▷ TELLING THE STORY

## DIE VERMITTLUNG DER EUROPÄISCHEN STRUKTUR- UND INVESTITIONSFONDS 2014-2020

**In der Konferenz „Telling the Story“ (Geschichten erzählen) trafen sich Kommunikationsfachleute aus den regionalen, nationalen und europäischen Ebenen**

In der Konferenz fand zum ersten Mal ein Austausch zwischen Kommunikationsbeauftragte aller fünf EU-Struktur- und Investitionsfonds statt (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Europäischer Sozialfonds, Kohäsionsfonds, Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, Europäischer Meeres- und Fischereifonds).

Im Erfahrungsaustausch mit Kollegen aus anderen Ländern und anderen Fonds lernten die Teilnehmer effektivere Formen der gemeinsamen Kommunikation kennen, insbesondere über den Austausch von Ideen und bewährten Verfahren sowie über das Networking.

Besonders hervorgehoben wurde die Notwendigkeit, konkretere Beispiele gelungener lokaler Projekte und positiver Auswirkungen zu geben, um die Wahrnehmung der Europäischen Union zu verändern.



Geschichten erzählen –  
die bewegende Geschichte  
der Autorin Jung Chang.

Eine innovative Form der Veranschaulichung dieser positiven Geschichten findet man in den Protokollen der Veranstaltung, wo die Kernaussagen in grafischen Darstellungen festgehalten wurden.

Die Veranstaltung versammelte über 800 Teilnehmer aus allen 28 EU-Ländern und förderte die Zusammenarbeit zwischen Kommunikationsbeauftragten aus europäischen, einzelstaatlichen und regionalen Behörden, die sich mit der Vermittlung der Auswirkungen der europäischen Struktur- und Investitionsfonds befassen. Die Konferenz lieferte eine solide Basis für die Kommunikationsstrategie, welche die Programme der ESIF-Fonds im Finanzierungszeitraum 2014-2020 begleiten wird.

Neben den Kommunikationsbeauftragten aus nationalen und regionalen Behörden nahmen an der Veranstaltung Leiter von Verwaltungsbehörden, Journalisten, Vertreter von Interessensgruppen, EU-Netzwerke wie Europe Direct, Kommunikationsbeauftragte aus der Europäischen Kommission in Brüssel und aus den Vertretungen der Kommission in den Mitgliedstaaten sowie Vertreter anderer EU-Institutionen teil. Das Programm, die Präsentationen und die grafischen Protokolle der Konferenz, darunter auch Erfahrungsberichte von Teilnehmern, finden Sie auf der Inforegio-Website.

►MEHR DAZU

<http://ec.europa.eu/telling-the-story>

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/conferences/telling-the-story/visual\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/telling-the-story/visual_en.cfm)

## ►NEUE REGELN FÜR DIE KOMMUNIKATION DER KOHÄSIONSPOLITIK 2014-2020

**Unter der neuen Verordnung wird der Kommunikation eine wesentlich höhere Priorität beigemessen, wobei berücksichtigt wird, dass der Erfolg lokaler Projekte das effektivste Mittel ist, um das Interesse an der Arbeit der EU und deren positiven Effekte zu steigern.**

Mit den neuen Rechtsvorschriften für Information und Kommunikation in der Kohäsionspolitik, die in enger Zusammenarbeit mit den Kommunikationsbeauftragten des INFORM-Netzwerkes entworfen wurden, wird Verwaltungsbehörden und Überwachungsausschüssen für Programme ein hoher Grad an Verantwortung übertragen.

Die Schlüsselaspekte für Verwaltungsbehörden und Empfänger lauten wie folgt:

►Aufaktveranstaltung für Programme

Für jedes Programm ist vom Mitgliedstaat oder der Verwaltungsbehörde eine Auftaktveranstaltung (und darauffolgend

eine größere jährliche Informationsaktivität) zu organisieren. Diese Veranstaltungen sollten die weitestmögliche Medienberichterstattung erhalten.

►Kommunikationsstrategie (Umfang: sieben Jahre)

Die Überwachungsausschüsse müssen innerhalb von sechs Monaten nach Annahme des jeweiligen operationellen Programms eine sieben Jahre umfassende Kommunikationsstrategie (oder eine gemeinsame, mehrere operationelle Programme umfassende Strategie) umsetzen. Der Umsetzungsprozess und die künftigen Kommunikationsaktivitäten sind einmal jährlich vom Überwachungsausschuss zu prüfen.

►Neue Webseite oder Internetportal zur Kohäsionspolitik

Die Mitgliedstaaten müssen eine einzelne nationale Website oder ein Webportal einrichten, in denen auf sämtliche operationelle Programme für EFRE, ESF und Kohäsionsfonds sowie auf die Liste der Vorhaben zugegriffen werden kann.

▶Liste der Vorhaben

In der Liste der Vorhaben wird über sämtliche Projekte informiert. Diese muss in Tabellenform oder im XML-Format vorliegen, sodass die Daten durchsucht, geordnet und exportiert werden können. In der Empfängerliste sind die Namen von natürlichen Personen aufgrund von Datenschutzgründen jedoch zu verbergen. Die Liste der Vorhaben ist mindestens alle sechs Monate vom Mitgliedstaat oder der Verwaltungsbehörde zu aktualisieren.

▶Nationale Informations- und Kommunikationsbeauftragte

Jeder Mitgliedstaat hat einen nationalen Informations- und Kommunikationsbeauftragten zu ernennen. Dieser ist für die Erstellung und Wartung der Website oder des Portals zur nationalen Kohäsionspolitik zuständig und koordiniert die Kommunikationsaktivitäten für einen oder mehrere Fonds, darunter die nationalen Kommunikationsnetzwerke.

▶Kommunikationsbeauftragter

Für jedes Programm ist ein Kommunikationsbeauftragter zu ernennen (dieser kann für mehrere Programme zuständig sein).

▶Hinweisschilder, Tafeln, Poster und Websites

Bei Vorhaben im Rahmen von EFRE und Kohäsionsfonds (Infrastruktur oder Aktivitäten), für die mehr als 500000 EUR an öffentlichen Mitteln bezogen werden, müssen während der Projektumsetzung temporäre Hinweisschilder erstellt werden. Nach Projektabschluss ist eine dauerhafte Hinweistafel zu erstellen.

Für Projekte unter 500000 EUR ist ein Poster (Mindestgröße A3) im Gebäude des Empfängers im Eingangsbereich anzubringen.

Empfänger, die über eine Website verfügen, müssen auf dieser über das Vorhaben, dessen Ziele und Ergebnisse sowie die von der EU erhaltene finanzielle Unterstützung informieren.

▶MEHR DAZU

INFORM-Netzwerk:  
[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/informing/networking/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/informing/networking/index_de.cfm)

Verordnung:  
<http://europa.eu/!Gy78UT>

# ▷EUROBAROMETER-UMFRAGE

## BÜRGERBEWUSSTSEIN UND -WAHRNEHMUNG DER EU-REGIONALPOLITIK

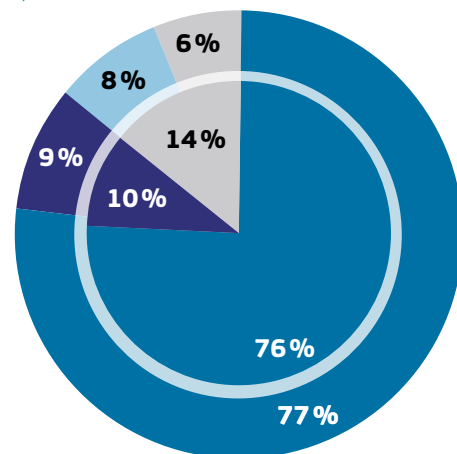
Diese Umfrage wurde zwischen 23. und 25. September 2013 in den 28 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Es wurden 28065 Teilnehmer aus unterschiedlichen sozialen und demografischen Gruppen befragt. Die Ergebnisse wurden mit denen einer ähnlichen, im Juni 2010 durchgeführten Umfrage verglichen.

Drei Viertel der Menschen, die sich der Investitionen in ihrer Region bewusst waren, äußerten sich zuversichtlich, dass sich die kofinanzierten Projekte positiv auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Region oder Stadt auswirken würden.

Insgesamt liegt das Interesse an der Politik weiterhin bei 34% im Vergleich zu einer ähnlichen 2010 durchgeführten Umfrage. Am höchsten ist das Bewusstsein in Polen (80%), gefolgt von Litauen und der Tschechischen Republik (jeweils 67%).

**ÜBER DREI VIERTEL (77%) DER TEILNEHMER, DIE BEREITS VON DER EU KOFINANZIERTEN PROJEKTE KANNTEN, WAREN DER MEINUNG, DASS DIESE PROJEKTE EINEN POSITIVEN EINFLUSS HABEN; DIE ZAHL LAG LEICHT ÜBER DER VON JUNI 2010 (+1%).**

(EU-28)

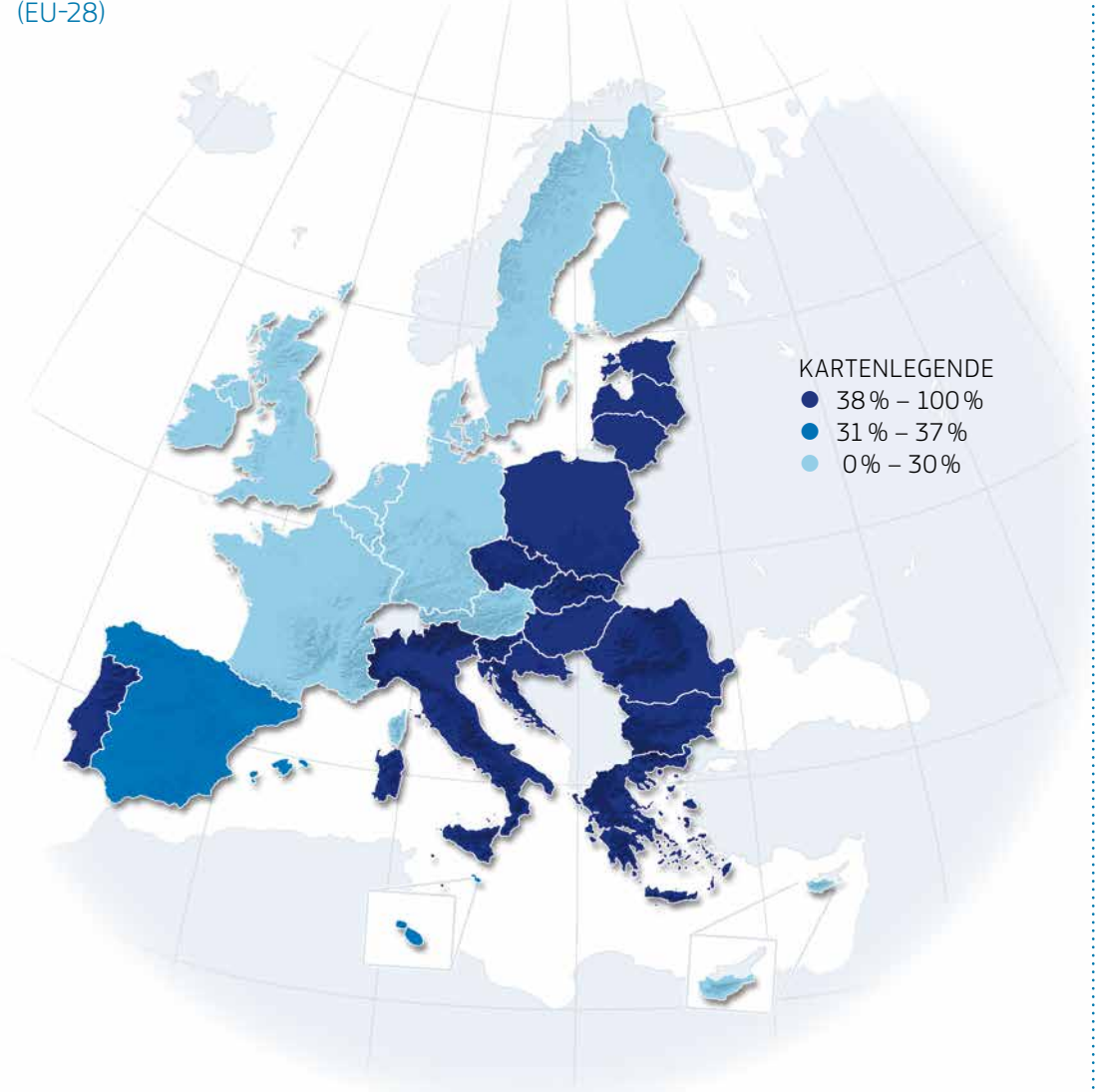


- Positiv
- Negativ
- Kein Einfluss
- Weiß nicht

Innenkreis: FL298 Juni 2010  
 Außenkreis: FL384 September 2013

	PL	80%
	LT	67%
	CZ	67%
	LV	65%
	SK	65%
	HU	62%
	BG	62%
	SI	60%
	EE	53%
	PT	51%
	IT	48%
	RO	46%
	HR	39%
	EL	38%
	MT	35%
	EU	34%
	ES	33%
	FR	28%
	IE	27%
	LU	27%
	CY	24%
	FI	24%
	SE	23%
	BE	17%
	AT	16%
	DE	15%
	NL	15%
	DK	13%
	UK	10%

## DAS BEWUSSTSEIN FÜR DIE FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG DURCH EUROPA REICHT VON 80% IN POLEN BIS 10% IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH. (EU-28)



## Positiver Einfluss

Es besteht eine starke Verbindung zwischen der Förderfähigkeit eines Landes durch EU-Regionalfonds und dem Bewusstsein für durch die EU kofinanzierte Projekte. Des Weiteren gibt es eine starke Verbindung zwischen den Vorteilen eines EU-finanzierten Projektes und dem Standpunkt, dass diese Projekte einen positiven Einfluss haben.

Das Fernsehen ist insgesamt weiterhin die Hauptinformationsquelle für durch die EU-Regionalpolitik kofinanzierte Projekte, wobei in Ländern wie Deutschland und Finnland lokale und regionale Zeitungen eine zentrale Rolle spielen. In Irland und Ungarn wurden Hinweisschilder als erste Hauptinformationsquelle genannt. Junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren informieren sich dagegen hauptsächlich über das Internet.

Ein Großteil der Befragten (52%) glaubt, dass die EU in alle Regionen investieren sollte, während 42% der Meinung sind, dass nur in ärmere Regionen investiert werden soll. Dies ist eine wesentliche Änderung gegenüber Juni 2010. Zu diesem Zeitpunkt glaubten mehr Menschen, dass die EU nur in ärmere Regionen investieren sollte (49%) statt in alle Regionen (47%).

Der Bericht hebt hervor, wie wichtig und wertvoll es ist, dass nicht nur die Europäische Kommission, sondern gleichzeitig auch die Verwaltungsbehörden und Empfänger der EU-Regionalpolitik ihre Erfolge kommunizieren und den Bürgerinnen und Bürgern ihre Geschichte erzählen.

### ►MEHR DAZU

Flash-Eurobarometer-Bericht:

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/flash/fl\\_384\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_384_en.pdf)

# ▶ SCHLÜSSELROLLE FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT BEI DER REFORM DER KOHÄSIONSPOLITIK

## ETAPPENZIELE IN DER KOHÄSIONSPOLITIK VON 2014 BIS 2020



Danuta Hübner, Abgeordnete des Europäischen Parlaments, ist Vorsitzende des Ausschusses für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments.

Mit dem 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon wurde das Europäische Parlament erstmals Mitgesetzgeber für die Kohäsionspolitik. Die Mitglieder des Ausschusses für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments (REGI) spielten bei der Entwicklung der neuen Verordnung eine entscheidende Rolle. Das Komitee nahm eine starke Position ein, um sicherzustellen, dass sich die Kohäsionspolitik im Rahmen der Erreichung von EU-Zielen auf Ergebnisse konzentriert sowie lokale, regionale und nationale Bedürfnisse berücksichtigt.

PANORAMA SPRICHT MIT FÜHRENDEN MITGLIEDERN DES AUSSCHUSSES FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS (REGI) ÜBER DIE GESTALTUNG DES NEUEN GESETZGEBUNGSPAKETS. – Siehe Seite 34-35 ▶



## INWIEWEIT WURDE DER BEITRAG VON REGIONALEN EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN BERÜCKSICHTIGT?

Lokale und regionale europäische Organisationen spielten während der Vorbereitung der Rechtsetzung und während des Rechtssetzungsprozesses eine bedeutende Rolle. Diese Institutionen leisteten mit Positionspapieren und Präsentationen für den REGI-Ausschuss wichtige Arbeit und pflegten produktive Beziehungen mit den Vorsitzenden und den Berichterstatter. Deren Standpunkte wurden vom Komitee in vollem Umfang berücksichtigt. Diese Akteure stellen eine wichtige Informationsquelle für das Europäische Parlament dar und leisten mit ihren Standpunkten und ihrer Mitwirkung einen bedeutenden Beitrag.

„Wir nehmen an dieser Debatte als vollständiger Mitgesetzgeber teil und verlagern den Schwerpunkt der Kohäsionspolitik von Stabilität in Richtung Wachstum“, erläutert die Vorsitzende des Ausschusses für regionale Entwicklung des Europäischen Parlamentes im Oktober 2011 bei der Eröffnung der interparlamentarischen Sitzung der Abgeordneten des Europäischen Parlaments, deren nationalen Amtskollegen, der Europäischen Kommission und dem Ministerrat.

Es wurden sieben Berichterstatter im REGI-Ausschuss und im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) beauftragt, die komplexen Verhandlungen zu beaufsichtigen, die in den folgenden zwei Jahren stattfinden würden. Zwei Hauptberichterstatter, Lambert van Nistelrooij (EPP, NL) und Constanze Krehl (S&D, DE), stellten die politische Unterstützung der zwei größten politischen Gruppen sicher.

- ▶ Vor Oktober 2011 fand ein Dialog zur Vorbereitung der Rechtsetzung zwischen dem Europäischen Parlament statt. Dies trug zur Klärung der wichtigsten politischen Probleme bei und erleichterte die Diskussion auf politischem Niveau. Die „Arbeitsgruppe für die künftige Kohäsionspolitik“ wurde als wichtigstes informelles Forum des Parlaments zur Debatte eingerichtet. Es fanden zahlreiche Treffen, Beratungen und öffentliche Anhörungen mit den betroffenen Parteien statt: so unter anderem NGOs, Zivilgesellschaft und regionale Organisationen. Mit dieser offenen Vorgehensweise konnten die Ansichten der verschiedenen Parteien einbezogen werden.
- ▶ Im Juli 2012 vereinbarte das Europäische Parlament seine Verhandlungsposition für das Gesetzgebungspaket an Reformvorschlägen. Für die Gesetzgebungsvorschläge der Kommission wurden über 3 000 Änderungen vorgelegt.
- ▶ Zwischen dem Parlament, dem Rat und der Kommission fanden Dreiergespräche statt. Es waren über 100 Sitzungen

erforderlich, um hinsichtlich der Verordnungsentwürfe Einigkeit zu erzielen.

- ▶ Im November 2013 bestätigte der Ausschuss für regionale Entwicklung des Europäischen Parlamentes den mit dem Rat erreichten Kompromiss, was den Weg dafür freimachte, dass die 351,8 Mrd. EUR kostende Investitionspolitik für EU-Regionen rechtzeitig in Kraft trat.

Danuta Hübner, die seit 2012 an allen Verhandlungen mit dem Rat teilgenommen hat, erläutert: „Nach den über ein Jahr lang dauernden Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission konnten wir eine Reform der EU-Regionalpolitik vereinbaren, deren Schwerpunkt in der Investition in die wichtigsten Bereiche für Wachstum und Arbeit liegt; dies ist in der Strategie Europa 2020 mithilfe eines gemeinsamen Regelwerks dargelegt, das auf sämtliche EU-Fonds zutrifft und zu einer erheblichen Vereinfachung führt.“

### Was bleibt noch zu tun?

Das Parlament muss nun über seine kompetenten Ausschüsse gegenüber den delegierten Rechtsakten Position einnehmen. Die Europäische Kommission hat bereits den ersten sowie einen der wichtigsten Punkte verabschiedet: Den Europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaft, in dem die Bedingungen für die Einbeziehung von Partnern in die Vorbereitung und Umsetzung der Partnerschaftsvereinbarungen und -programme für den Zeitraum 2014-2020 dargelegt werden.

Das REGI-Sekretariat des Parlamentes nimmt an den vorbereitenden Expertentreffen teil und steht regelmäßig in Kontakt mit der Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Kommission.

### Welche Rolle spielt das Europäische Parlament bei der Umsetzung der Politik?

Eine der Hauptfunktionen des Parlamentes ist die Kontrolle. Diese erfolgt hauptsächlich durch die Parlamentsausschüsse, die die Umsetzung der Politik überwachen. Die Besonderheit der Kohäsionspolitik ist es, dass diese mithilfe einer geteilten Verwaltung durch ein europäisches Organ, die Kommission und die Mitgliedstaaten durch nationale, regionale und lokale Verwaltungsbehörden umgesetzt wird. Somit betrifft die Kontrolle der Politik durch das Parlament nicht nur die Europäische Kommission, sondern auch die anderen Organe, auch wenn laut Vertrag ausschließlich die Kommission dem Parlament politisch verantwortlich ist. Eine Verbesserung der Kontrolle und die Bewertung der Politik in ihrem breiteren Kontext stellt daher eine der wichtigsten Herausforderungen für den REGI-Ausschuss dar.

▶ MEHR DAZU

[www.europarl.europa.eu/committees/de/regi/home.html](http://www.europarl.europa.eu/committees/de/regi/home.html)



## ▶ DIE SOZIALE DIMENSION DER KOHÄSIONSPOLITIK FÖRDERN

### CONSTANZE KREHL

Mitglied des Europäischen Parlaments, Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten, Mitglied des Ausschusses für regionale Entwicklung (Mitberichterstatte­rin für die Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen)

#### ▶Erfolgreich abgeschlossene Verhandlungen

Ich bin ziemlich zufrieden mit dem allgemeinen Ergebnis der Verhandlungen über die neue Verordnung. Zwei Jahre lang mussten wir hart dafür arbeiten – nicht nur mussten wir die 3 000 Änderungen zusammenstellen, es gab außerdem Hunderte von Besprechungen mit dem Mitberichterstatte­rer Lambert van Nistelrooij und dem Verhandlungsteam des Parlaments sowie über 90 Dreiergespräche mit dem Rat und der Kommission. Selbstverständlich gibt es Punkte, bei denen ich mir einen anderen Ausgang gewünscht hätte, und die Institutionen konnten sich nicht immer einigen – aber insgesamt ist die Vereinbarung ein guter Kompromiss, auf dem wir während der nächsten sieben Jahre eine erfolgreiche und moderne Kohäsionspolitik aufbauen können.

#### ▶Makroökonomische Konditionalitäten

Zu den umstrittenen Themen der Verhandlungen gehören die makroökonomische Konditionalitäten sowie die leistungsgebundene Reserve. Als Sozialdemokratin habe ich mich stets gegen einen makroökonomischen Mechanismus innerhalb der Kohäsionspolitik ausgesprochen und mich mit aller Kraft dafür eingesetzt, dass er aus der Verordnung gestrichen wird. Da die Kommission und der Rat unsere Meinung nicht teilten, ist der Mechanismus in der Verordnung geblieben. Es ist uns dennoch gelungen, die Formulierung des Artikels stark abzuschwächen – was mich hoffen lässt, dass der Mechanismus nicht in Kraft treten wird. Die Regionen dürfen nicht für die finanzpolitischen Fehler der Mitgliedstaaten verantwortlich gemacht werden.

Die Idee einer leistungsgebundenen Reserve ist an sich richtig, aber hier sollte man sehr genau auf die tatsächliche Umsetzung achten. Werden Projekte auch in Zukunft innovativ und schöpferisch sein? Oder werden die Ansprüche gesenkt, nur um die Ziele leichter erreichen zu können und dadurch Zugriff auf die Reserve zu erlangen? Aus meiner Sicht will der Rat die leistungsgebundene Reserve aber auch dafür nutzen, bis Ende des Programmzeitraums Geld zu sparen – und damit bin ich nicht einverstanden.

#### ▶Belebung der Wirtschaft

In Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die EU in der Kohäsionspolitik eines der wirksamsten Instrumente, um die Wirtschaft zu beleben, nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen sowie Forschung und Innovation zu fördern. Die am stärksten betroffenen Regionen werden weiterhin von einem höheren Kofinanzierungsanteil für Förderung von Wachstum und Beschäftigung profitieren. Wie in vergangenen Jahren werden die weniger entwickelten Regionen der EU prioritär behandelt: Über 182 Mrd. EUR sind für diese Regionen bestimmt.

#### ▶Förderung sozialer Vorhaben

Mit der neuen Verordnung wird gewährleistet, dass genug Mittel in soziale Angelegenheiten investiert werden. Vier der thematischen Prioritäten der neuen Verordnung sind dem Europäischen Sozialfonds gewidmet: Förderung einer nachhaltigen und hochwertigen Beschäftigung; Förderung der sozialen Eingliederung; Investitionen in Bildung; Aufbau der institutionellen Kapazitäten. Darüber hinaus wurde mit der neuen Verordnung eine feste ESF-Quote festgeschrieben – 23,1 % der Gesamtressourcen müssen dem Sozialfonds zugewiesen werden. Die Quote bedeutet eine massive Erhöhung in zahlreichen Mitgliedstaaten und gewährleistet eine angemessene Unterstützung der sozialen Dimension der Kohäsionspolitik.



# ▶ EINE INVESTITIONS- STRATEGIE FÜR DIE UMGESTALTUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFT

## LAMBERT VAN NISTELROOIJ

Mitglied des Europäischen Parlaments, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), Mitglied des Ausschusses für regionale Entwicklung (Mitberichtersteller für die Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen)

### ▶ Bahnbrechender Ansatz

Die neue Verordnung sowie die zugrundeliegende, weitreichende Strategie stellen die Art und Weise der Umsetzung der Kohäsionspolitik auf den Kopf. Die neuen Arbeitsweisen in den Mitgliedstaaten zu vermitteln und einzuführen, war keine einfache Aufgabe.

Uns war allerdings klar, dass es nicht so weiter gehen konnte wie bisher. Die Mittelverteilung musste an Bedingungen geknüpft werden. Die Mittel sollen wirksam in Bereiche investiert werden, die mit dem übergeordneten Vorhaben der Belebung der europäischen Wirtschaft im Einklang stehen. Im Laufe langer Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten im Rahmen unzähliger Dreiergespräche haben wir uns stark für diese Strategie eingesetzt.

### ▶ Ein „Business plan“ für Europa

Die Kohäsionspolitik ist jetzt die Hauptinvestitionsstrategie für Europa. Sie ist Teil eines – wenn ich das so ausdrücken darf – „Business Plan“, mit dem das Potenzial der Regionen entfaltet wird und Europa erneut zur globalen Wirtschaftsmacht aufsteigen soll.

Hierbei spielt die „intelligente Spezialisierung“ eine besondere Rolle. Wir stellen Mittel zur Verfügung, damit die Regionen in spezifische strategische Bereiche investieren können, die für die Regionen selbst und insgesamt für die Gemeinschaft von Vorteil sind. Dabei können sie auf ergänzende Kompetenzen anderer Regionen zurückgreifen. Ich verstehe diesen Prozess als „Leiter zur Spitzenforschung“ – jede Region soll auf den eigenen Begabungen aufbauen und damit zur stärker entwickelten Region aufzusteigen können.

### ▶ Vereinbarte Ziele als Priorität

Mit der thematisch gesteuerten Priorisierung soll vorwiegend in Bereiche investiert werden, die Europa erneut an die Spitze der Weltpolitik bringen können. Der neue Ansatz zielt auf Investitionen in FuE und die Wissensinfrastruktur als solide Basis für zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzschaffung ab. Wir haben Bereiche definiert, in die Europa investieren muss. Aus diesen Bereichen kann jede Region und jedes Mitgliedstaat die eigenen Prioritäten herausuchen.

### ▶ Stärkere Synergieeffekte zwischen den Fonds

Die wichtigste Herausforderung, der wir in den kommenden Jahren gegenüberstehen werden, ist die Frage, wie wir eine bessere Synergie der fünf europäischen Struktur- und Investitionsfonds und der FuE-Mittel erreichen können. Wir benötigen diesen neuen Ansatz und sollten dabei auch die ungenutzte Leistungsfähigkeit der sogenannten neuen Mitgliedstaaten nutzen.

Der strategische Rahmen ermöglicht die Kombination von Ressourcen aus mehreren Fonds. Dabei werden der integrierte Ansatz und die Effektivität der Umsetzung politischer Maßnahmen gesichert. Die gemeinsamen Bestimmungen für die strategische Planung und Programmplanung sowie die gemeinsame Liste thematischer Ziele ebnet den Weg für die gemeinsame Verantwortung für die Ziele der Strategie Europa 2020.

Wir verfügen nun über eine „überspannende Verordnung“ für die Struktur- und Investitionsinstrumente, die an die Ziele von Europa 2020 gebunden sind. Die Verordnung ist ein großer Schritt hin zu mehr Kohärenz, Einfluss und Sichtbarkeit vor Ort in ganz Europa. Außerdem: Über die Partnerschaftsvereinbarungen und die operationellen Programme übernehmen die Mitgliedstaaten und die Regionen Verantwortung für ihre Strategie und setzen sich für ihre Umsetzung ein.

# ▶ AUF DEM WEG ZUR BEREITSTELLUNG DER MITTEL

DIE PARTNERSCHAFTSVEREINBARUNGEN UND OPERATIONELLEN PROGRAMME FÜR DEN NÄCHSTEN ZEITRAUM NEHMEN GESTALT AN



Ein Landwirt und Inhaber einer Windturbine an der Energy Academy der Insel Samsø (Dänemark), die ein Zentrum der dänischen Forschung und Information zu erneuerbaren und nachhaltigen Energien ist.

Mit dem jetzt in Kraft getretenen Gesetzgebungspaket zur Kohäsionspolitik hat sich der Schwerpunkt in Richtung Genehmigung und Umsetzung von Partnerschaftsvereinbarungen und operationellen Programmen verlagert. Von zahlreichen Mitgliedstaaten wird erwartet, dass sie Ihre Entwürfe für Partnerschaftsvereinbarungen im Februar förmlich vorlegen. Diese Vereinbarungen müssen mit den Wachstumszielen der Strategie Europa 2020 im Einklang stehen.

## Vorbereitungen weit fortgeschritten

Es wurden bereits große Anstrengungen unternommen, um die Vorbereitungen von Partnerschaftsvereinbarungen und operationellen Programmen zu beschleunigen. Im Juni 2012 lud die Kommission die Mitgliedstaaten dazu ein, an einem informellen Dialog zur Programmierung der nächsten Periode teilzunehmen. Später im Jahr 2012 sendete sie Positionspapiere an alle Mitgliedstaaten, in denen die Standpunkte zu den Entwicklungsanforderungen und Finanzierungsprioritäten für den europäischen Struktur- und Investitionsfonds eines jeden Mitgliedstaats dargelegt wurden.

Dieser informelle Prozess wurde unter anderem mit dem Ziel durchgeführt, dass Investitionen in Wachstum, Wettbewerb

und Arbeit in den Regionen bereits zu Beginn des neuen Zeitraums durchgeführt würden.

Die Mitgliedstaaten profitieren in vollem Maße von diesem informellen Dialog, wobei zahlreiche der Staaten ihre Entwürfe zur Partnerschaftsvereinbarung für eine umfassende Analyse durch die Kommissionsexperten vorlegen. Es wurden zu diesen Entwürfen sowie zu zahlreichen Entwürfen für operationelle Programme informelle Beobachtungen zurückgesendet.

Zahlreiche Mitgliedstaaten sind bei ihren Partnerschaftsvereinbarungen bereits weit fortgeschritten. Die Kommission erwartet, diese zügig umsetzen zu können, um den Weg für zeitige Investitionen vor Ort zu ebnen.

## Der Schlüssel zu Partnerschaftsvereinbarungen – eine engere Ausrichtung an Europa 2020

Prioritäten bei Partnerschaftsvereinbarungen müssen eng mit den Zielen von Europa 2020 hinsichtlich eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums abgestimmt werden. Es ist von großer Bedeutung, dass sämtliche Mitgliedstaaten verstehen, dass Ressourcen für wichtige Wachstumsbereiche eingesetzt werden, um eine Fragmentierung der Finanzmittel auf mehrere Ziele zu verhindern.

Die reformierte Kohäsionspolitik für die Jahre 2014 bis 2020 geht Hand in Hand mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik der EU, die durch das „Europäische Semester“ überwacht werden.

Damit die allgemeine Koordinierung der Politik wirkungsvoller umgesetzt werden kann, werden mit den Verordnungen für 2014 bis 2020 Multifonds-Programme bereitgestellt. Die Gesamtanzahl an Programmen wird daher von 363 auf 311 operationelle Programme herabgesetzt, von denen ein Drittel aus Multifonds-Programmen bestehen soll. Die betroffenen Kommissionsdienststellen arbeiten eng mit den Mitgliedstaaten zusammen, sodass ein allgemeiner Ansatz weiter erleichtert wird.

## Innovation denken

Unter dem Motto eines intelligenten Wachstums werden Investitionen auf Innovation und Entwicklung, die digitale Agenda und eine Unterstützung von KMUs konzentriert. Zahlreiche Regionen sind mittlerweile Vorreiter im Bereich der intelligenten Spezialisierung. Sie haben das Potenzial zur wirtschaftlichen Transformation erkannt und befinden sich derzeit im Vorbereitungsprozess zu ihren regionalen Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3), die sowohl Innovation als auch den Bereich IKT abdecken.

Die Priorisierung von Forschung und Entwicklung, insbesondere auf dem Gebiet der Unternehmensforschung, führte im Vergleich zu vorherigen Programmzeiträumen zu erheblich höheren Investitionen in der Region. Einige Mitgliedstaaten stellten Programme vor, die eine klare Verbindung zwischen digitaler Wirtschaft und Innovation ziehen.

Nahezu alle Mitgliedstaaten haben die Wettbewerbsstärkung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMUs) als zentral bei der Schaffung von nationalen und regionalen Wachstumsstrategien erkannt. In zahlreichen Fällen jedoch fehlt die Konzentration auf höhere, mehrwert-schaffende Aktivitäten, die das nachhaltigste langfristige Wachstum bieten.

Die Finanzierung von kleinen Unternehmen bleibt in zahlreichen Mitgliedstaaten einer der größten Engpässe. Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Oktober 2014 enthielen folgende Forderung: „Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds sollten genutzt werden, um die EU-Unterstützung aus diesen Fonds für Finanzinstrumente mit Hebelwirkung, die KMU von 2014 bis 2020 zugutekommen, erheblich aufzustocken“, während die Unterstützung in Ländern mit schwierigen Bedingungen mindestens verdoppelt werden solle. Dies sei erforderlich, um den Kreditfluss freizugeben.

Die Kommission forderte die Mitgliedstaaten auf, zu bewerten, wie die Finanzinstrumente in diesem Kontext gestaltet werden sollen – auf Basis einer *Ex-ante*-Bewertung, durch die Marktschwächen oder suboptimale Investitionssituationen, die jeweiligen Investitionsbedürfnisse, eine mögliche Beteiligung der Privatwirtschaft

„ Ich bin davon überzeugt, dass ein Programm mehr als die Summe einzelner Projekte ist. Für die betroffene Region muss ein Programm eine starke strategische Entwicklungsvision für die kommenden Jahre darstellen, und die Projekte müssen dieser Vision folgen. “

KOMMISSAR JOHANNES HAHN

und der sich daraus ergebende Mehrwert des jeweiligen Finanzinstruments ermittelt werden.

Die Unterstützung von ESIF-Programmen kann zu Finanzinstrumenten auf nationaler, regionaler, transnationaler oder grenzübergreifender Ebene beitragen, die von der Verwaltungsbehörde selbst oder indirekt in ihrem Auftrag verwaltet werden. Sie kann außerdem zu Finanzinstrumenten auf EU-Ebene beitragen, die von der Kommission verwaltet werden. Es wurden besondere Bestimmungen für den Einsatz spezieller Finanzierungsinstrumente einbezogen, die ESIF-Funds mit sonstigen Quellen des EU-Haushalts und EIB-/EIF-Ressourcen kombinieren, um Kredite für KMUs zu stimulieren.

## Grünes Europa

Die folgenden drei thematischen Ziele der Kohäsionspolitik sind auf nachhaltiges Wachstum ausgerichtet: Unterstützung einer Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft, Anpassung an den Klimawandel, Risikoprävention und -management, Umweltschutz und effiziente Nutzung von Ressourcen. Dies spiegelt sich in den Partnerschaftsvereinbarungen der Mitgliedstaaten wider, in denen Energie, Klimawandel und Umwelt in die allgemeine Strategie für Wirtschaftswachstum und die Bewertung von Entwicklungsanforderung integriert sind.

In mehreren Strategien wurde ein besonderer Schwerpunkt auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien gelegt. Einige Mitgliedstaaten haben „intelligentes“ und „grünes“ Wachstum kombiniert und dabei Umwelt, Energie und Klimawandel in intelligente Spezialisierungsansätze integriert.

Dennoch ist die Einbeziehung einer nachhaltigen Entwicklung noch nicht weit genug fortgeschritten; es fehlen die praktischen Elemente, die eine übergreifende Umsetzung von Klima-, Energie- und Umweltaspekten sicherstellen.

Im Transportbereich ist klar, dass nahezu alle Mitgliedstaaten nun berücksichtigen, dass der in der neuen Verordnung festgelegte strategischere Ansatz ein positiv zu bewertender Schritt nach vorne ist. Dennoch ist es erforderlich, glaubhafte nationale Transportstrategien mit klaren Koordinationsmechanismen zu etablieren, die die Synergien mit der „Connecting Europe Facility“ (CEF) fördern, um der Versuchung zu entgehen, dass in kleine isolierte Projekte mit wenig Einfluss – z. B. Straßen – investiert wird.

## Investitionen in Menschen

Erstmals verfügt der Europäische Sozialfonds bei den allgemeinen Ausgaben für die Kohäsionspolitik über einen garantierten Mindestanteil. Es muss sichergestellt werden, dass die Zweckbindung von 20% des Fonds an das thematische Ziel der sozialen Inklusion auf nationaler Ebene erfolgt.

Es ist bereits erkennbar, dass in den meisten Mitgliedstaaten ein starker Schwerpunkt auf den Zielen des integrativen Wachstums liegt. Für Investitionen, die dazu dienen, das Beschäftigungsniveau zu heben, ist eine klare Linie vorgegeben, insbesondere im Bereich junge Menschen, Frauen und ältere Arbeitnehmer, Armutsbekämpfung durch aktive Inklusion, Erreichen der Bildungsziele und Investition in lebenslanges Lernen.

Des Weiteren ist es für die Mitgliedstaaten in bestimmten Bereichen wie Gesundheit eine der wichtigsten Herausforderungen, Investitionsbedürfnisse in die Infrastruktur auszuarbeiten. Damit sollte dazu beigetragen werden, dass durch den Zugang zu Gesundheitsdiensten eine Armutsreduzierung erfolgt.

Die Unterstützung von Roma und anderen marginalisierten Gesellschaftsgruppen ist eine allgemeine politische Priorität. Daher ist es wichtig, dass in den Partnerschaftsvereinbarungen festgelegt wird, wie die jeweiligen ESI-Fonds zu der Umsetzung der vier Ziele zur Integration von Roma beitragen (Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Unterkunft); dies sollte auf integrierte Weise entweder durch aktive Einbeziehung oder durch den expliziten, jedoch nicht exklusiven Einsatz von finanziellen Mitteln erfolgen.

## Verbesserte Ergebnisorientierung

Die Benennung eindeutiger Ziele in operationellen Programmen für EFRE, ESF und Kohäsionsfonds ist ein Herzstück der Ergebnisorientierung. Dies stellt für zahlreiche Programme einen wirklichen Tempowechsel dar.

Die geringe Anzahl an bisher erhaltenen Entwürfen für operationelle Programme zeigt, dass es schwierig ist, wohldefinierte Ziele zu formulieren. In einigen Programmen ist unklar, wie Investitionen – insbesondere in den Bereichen soziale Infrastruktur, Transport und Tourismus – zu den Programmzielen beitragen. Dennoch waren informelle Treffen mit den Programmbehörden und der Kommission im Allgemeinen konstruktiv, und die Zweitversionen von Programmen haben erhebliche Verbesserungen mit sich gebracht.



Finnland: Beim Projekt „Knowledge Practice Laboratory“ sollen Theorien, Tools und praktische Modelle für Bildung und Arbeitsplatz entwickelt werden.

„ Wir müssen jetzt investieren und alles dafür tun, eine Verzögerung des Programmstarts zu verhindern. Es sind jedoch hochwertige Programme mit einer starken Entwicklungsvision erforderlich. Die Kommission wird die Qualität nicht der Geschwindigkeit opfern. “

KOMMISSAR JOHANNES HAHN

Die Erfahrung hat bisher gezeigt, dass die Anforderungen an die Ergebnisorientierung für alle Programmtypen anwendbar ist, auch solche, die hinsichtlich ihres Kontextes und ihres finanziellen Volumens schwierig sind.

Ein weiteres neues Element ist der Leistungsrahmen. Ein Leistungsrahmen kann nur dann entwickelt werden, wenn die Interventionslogik eines Programms, seine finanzielle Struktur und die Ergebnisse für jede Priorität klar sind. Das heißt, Leistungsrahmen können im Entwurfsprozess eines Programms erst relativ spät entwickelt werden.

Die wichtigste Herausforderung für die Leistungsrahmen ist die Festlegung quantifizierter Zielvorgaben für die Indikatoren auf einem ausreichend hohen und ehrgeizigen Niveau.



## Zeitplan

In der am 20. Dezember angenommenen sog. Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen wird ein Zeitplan für die Einreichung und Annahme von Partnerschaftsvereinbarungen und operationellen Programmen festgelegt.

Jeder Mitgliedstaat muss innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung bei der Kommission seine Partnerschaftsvereinbarung einreichen. Die Kommission wiederum muss innerhalb von drei Monaten nach der Einreichung der Partnerschaftsvereinbarung ihre Anmerkungen vorlegen und die Vereinbarung spätestens drei Monate nach der Einreichung annehmen, vorausgesetzt der Mitgliedstaat hat die Anmerkungen der Kommission angemessen berücksichtigt. Somit sollten die Partnerschaftsvereinbarungen grundsätzlich bis spätestens **Ende August 2014 angenommen sein**.

Operationelle Programme müssen innerhalb von drei Monaten nach Einreichung der Partnerschaftsvereinbarung durch den Mitgliedstaat vorgelegt werden. Die Kommission legt ihre Anmerkungen innerhalb von drei Monaten nach der Einreichung vor und nimmt das operationelle Programm spätestens sechs Monate nach der Einreichung an, vorausgesetzt der Mitgliedstaat hat die Anmerkungen der Kommission angemessen berücksichtigt. Somit sollten die OPs grundsätzlich bis spätestens **Ende Januar 2015 angenommen sein**.

Die Kommission arbeitet eng mit den Mitgliedstaaten zusammen, um sicherzustellen, dass während des Mandats der aktuellen Kommission möglichst viele Partnerschaftsvereinbarungen und operationelle Programme angenommen werden und möglichst viele Investitionen fließen.

## DELEGIERTE UND DURCHFÜHRUNGSRECHTSAKTE

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde ein neues System eingeführt, mit dem die Kommission begrenzte Befugnisse zur geringfügigen Änderung von Gesetzen erhielt, vorausgesetzt, diese beeinträchtigen nicht die grundlegende Gesetzgebung von Parlament und Rat. Diese Rechtsakte werden „Delegierte Rechtsakte“ und „Durchführungsrechtsakte“ genannt. Die Kommission sieht vor, die Befugnisse in fünf delegierten Akten für das gesamte Gesetzgebungspaket der Kohäsionspolitik zu gruppieren und drei von diesen vorzulegen, bevor das EP seine Tätigkeit für die Wahlperiode unterbricht (laut den interinstitutionellen Vereinbarungen am 14. März). Einer dieser delegierten Rechtsakte ist der „Europäische Verhaltenskodex“.

### Der Europäische Verhaltenskodex – ein gestärkter Partnerschaftsansatz für Planung und Ausgaben

Der Kodex legt einen gemeinsamen Satz an Standards zur Optimierung von Konsultation, Teilnahme und Dialog mit Partnern während Planung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung von durch den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds finanzierten Projekten fest.

Die Mitgliedstaaten müssen die Zusammenarbeit zwischen den für den Einsatz von ESI-Fonds verantwortlichen Behörden und den Projektpartnern stärken – so z. B. regionale, lokale, kommunale und sonstige Behörden sowie Gewerkschaften, Arbeitgeber, Nichtregierungsorganisationen und Einrichtungen für soziale Inklusion, Gleichstellung und Antidiskriminierung.

Alle Mitgliedstaaten müssen diese Regelungen bei der Entwicklung der Finanzierungsprogramme, die der Kommission für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgelegt werden, befolgen.

Der Verhaltenskodex tritt nur in Kraft, wenn Rat und Europäisches Parlament innerhalb von zwei Monaten nach Annahme durch die Europäische Kommission (7. Januar) keine Einwände erheben.

#### ► MEHR DAZU

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/what/future/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/index_de.cfm)

# ▶ LANGFRISTIGE PERSPEKTIVE UND GESAMMELTE ERFOLGE DER KOHÄSIONSPOLITIK

## EVALUIERUNG VON 1989 BIS HEUTE

Neben der Planung für den neuen Programmzeitraum untersuchte die Kommission die langfristige Perspektive der Kohäsionspolitik.



In einer aktuellen experimentellen Bewertung sollen die langfristige Perspektive und die gesammelten Erfolge der kohäsionspolitischen Programme in 15 Regionen der EU von 1989 bis zur Gegenwart bewertet werden. Zudem werden Empfehlungen für künftige Entwicklungen gegeben, wobei die Richtung der Politik für den Zeitraum 2014 bis 2020 unterstützt wird.

Die Bewertung wurde vom European Policies Research Centre (EPRC) in Zusammenarbeit mit der London School of Economics vorgenommen. Es wurden ein Abschlussbericht sowie Berichte für detaillierte Fallstudien für jede untersuchte Region erstellt. Diese sind auf der Inforegio-Website veröffentlicht.

### Wichtigste Ergebnisse

- ▶ Entsprechend einer zum damaligen Zeitpunkt vorhandenen allgemeinen Annahme konzentrierte man sich bei den frühesten Programmstrategien in weniger entwickelten Regionen auf den Aufbau der Infrastruktur; es wurde angenommen, dass dieser zum Wachstum führte. In zahlreichen Fällen wurden erhebliche Verbesserungen erzielt; dennoch gibt es Beispiele für Überkapazitäten und eine fehlende Berücksichtigung langfristiger Ziele. In späteren Jahren – ab 2000 – wurde die Aufmerksamkeit stärker auf die Erfordernisse von Investitionen in Humankapital, Innovation und den Privatsektor gerichtet.
- ▶ Tourismus zählte bei zahlreichen Strategien zu den vorherrschenden Zielen; infrastrukturelle Investitionen trugen dazu bei, dass diese Regionen die Anzahl ihrer Touristen steigern konnte. Dennoch kam man bei der Analyse zu dem Schluss, dass der Tourismus als Hauptwachstumsquelle i. d. R. nicht ausreicht.


- ▶ Zahlreiche Regionen investierten in sozialen Zusammenhalt, die langfristige Nachhaltigkeit derartiger Investitionen bei fehlendem Wachstum ist jedoch fraglich.
- ▶ Zahlreiche der stärker entwickelten Regionen hatten Probleme bei der strukturellen Anpassung. In den frühen Jahren investierten mehrere Regionen in traditionelle Unternehmen im Niedrigqualifiziertensektor; erst in späteren Programmzeiträumen begann die Investition in Innovation und Bildung. In einem Programmzeitraum wird eine strukturelle Anpassung nicht erreicht.

### Die Bewältigung von regionalen Bedürfnissen und Problemen im Verlauf der Zeit

In den späten 1980er Jahren lagen die wichtigsten Bedürfnisse in folgenden Bereichen: Unterentwicklung in sämtlichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Indikatoren; dünne Besiedlung und Besiedlung in Randlagen; schwache ökonomische Basis aufgrund eines Wandels der zentral geplanten Wirtschaft oder Spezialisierung in der Landwirtschaft und traditioneller Industrien; Auswirkungen von räumlichen oder Arbeitsmarkt-Ungleichgewichten.

Im Laufe der Zeit konnten einige Regionen die anfänglichen Probleme bewältigen, andere Regionen waren weniger erfolgreich. Die umfassendsten Verbesserungen wurden im Bereich der Infrastruktur für grundlegende öffentliche Dienstleistungen und Transport sowie für die Bereitstellung der wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen erzielt. Das anhaltendste und durch die Politik am wenigsten beeinflusste Problem ist das niedrige Niveau von F&E im Privatsektor.





Die Wohnbezirk Vila d'Este im Norden von Portugal wurde mithilfe von EFRE-Finanzierungen umfassend saniert. Neben Energieeffizienzsteigerungen mithilfe von strukturellen Optimierungen wurde das Gebiet durch die ästhetischen Renovierungen attraktiver für Bewohner und Besucher.

## BEWERTETE REGIONEN

Weniger entwickelt:

Sachsen-Anhalt (DE);  
Westgriechenland (EL);  
Galicien (ES); Andalusien (ES);  
Kampanien (IT); Norte (PT)

Weniger entwickelt im Jahr 1989,  
heute jedoch stärker entwickelt:

Irland; Nord-Pas-de-Calais (FR);  
Basilikata (IT); Burgenland (AT);  
Algarve (PT); Itä-Suomi (FI)

Stärker entwickelt:

Nordrhein-Westfalen (DE);  
Aquitainen (FR); North East  
England (UK)

Einige Regionen kamen in den späten 1980er Jahren zu dem Schluss, dass Zugänglichkeit und Kommunikation zu den grundlegendsten Problemen zählten, daher wurden diese priorisiert. Mit derartigen Entscheidungen wurde jedoch die Wichtigkeit einer Änderung der produktiven Struktur von Regionen heruntergespielt.

Die weniger entwickelten Regionen verfügten i. d. R. über weitreichende Strategien, die sich auf Infrastruktur, Investition in Humankapital und Unternehmertum konzentrierten. Dies dauerte während des Studienzeitraums an; von 2000 bis 2006 wurde jedoch ein stärkerer Schwerpunkt auf Wettbewerb sowie Forschung, Entwicklung und Innovation gelegt.

Die weiter entwickelten Regionen verfolgten unterschiedliche Strategien. Bei diesen konzentrierte man sich auf die Unternehmensentwicklung, wobei eine Mischung aus Anfrage- und Nachfrage-Seite; einer Kombination aus Instrumenten, die sich an Clustern, neuen Start-up-Unternehmen und die Unterstützung einzelner Unternehmen zusammensetzte, sowie eine schrittweise steigende Schwerpunktsetzung in den Bereichen F&E und Innovation eingesetzt wurde.

Die Fähigkeit von Programmbehörden, realistische Ziele zu setzen und Wege zur Implementierung zeitig zu ermitteln, ist ein verbesserungswürdiger Bereich. Bei der Einschätzung von Zielen traten in zwei Fällen Probleme auf: zum Einen, wenn aufgrund der unterschiedlichen Qualität von Informationen durch Überwachungssysteme nicht ermittelt werden konnte, worin die tatsächlichen Erfolge von Programminterventionen in den letzten Zeiträumen bestanden; zum Anderen, wenn keine umfassenden *Ex-post-Bewertungen* verfügbar waren.

## Erfolge der Kohäsionspolitik

Die Effektivität lag in den Bereichen großmaßstäbliche physische Infrastrukturen, Verbesserungen im Umweltschutz, lokale Unternehmen und Innovationen für Infrastrukturen. Schwierigkeiten hatten die Regionen bei strukturellen Anpassungen, Unternehmensförderung, Innovation und Gemeindeentwicklung. Die Politik war jedoch aus langfristiger Sicht bei der Erfüllung regionaler Bedürfnisse nützlich.

Der unterschiedliche Umfang der Erfolge hinsichtlich der Herausforderungen in den 15 Regionen ist zum Teil die natürliche Folge der begrenzten Programmziele und der Schwierigkeit, sämtliche Bedarfslinien anzusprechen. Dies wirft jedoch Fragen zur Komplementarität (und zusätzlich) zu den Programmen selbst auf sowie zu deren Abstimmung auf breitere inländische Politikansätze.

Mit der Kohäsionspolitik wurde in **Irland** ein umfassender Wandel erleichtert. Der positive wirtschaftliche Wandel stand im Zusammenhang mit Integration der Wirtschaft des Landes in breitere globale Märkte. Damit wird möglicherweise die Beständigkeit der umgesetzten Verbesserungen beeinflusst, zumal die Integration des Landes in globale wirtschaftliche Netzwerke sowohl durch die Wirtschaftskrise als auch durch die eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beeinträchtigt wird.

In einer weiteren Regionengruppe – **Algarve**, **Andalusien** und **Galicien** – wurde durch die Kohäsionspolitik ein Wandel der regionalen Wirtschaft erreicht, der sich zwar in der Konvergenz des PIB mit dem Rest der EU und verbesserten Marktindikatoren widerspiegelt, jedoch nicht die nachhaltige Beeinflussung langfristigen Entwicklungsziele der Regionen und deren Beständigkeit beweist. In diesen Regionen trug

Aerópolis, ein Park für Luft- und Raumfahrttechnik und Teil des Förderprogramms für Innovation und Unternehmensentwicklung, Andalusien, Spanien.



Ion Channel Biotechnology Centre, Border Region, Irland.



die Politik zu umfassenden Verbesserungen der regionalen Infrastruktur und der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen bei. Dennoch basierte der wirtschaftliche Wandel in erster Linie auf Tourismus und Dienstleistungen, während Verbesserungen bei Produktivität und bei Clustern mit hohem Mehrwert auf Segmente der regionalen Wirtschaft begrenzt waren, die relativ kleine Anteile von BWS und Beschäftigung umfassen.

In den meisten Regionen – Aquitanien, Basilikata, Kampanien, Westgriechenland, Norte und Sachsen-Anhalt – wurde ein Wandel auf bestimmten Feldern erleichtert, der jedoch keinen deutlichen Einfluss auf Wachstum und Beschäftigung (außer in der Basilikata) aufweist und umfassendere Bedürfnisse nicht erfüllt.

In den verbleibenden Regionen – Burgenland, Nordrhein-Westfalen, North East England, Itä-Suomi und Nord-Pas-de-Calais – hatte die Politik einen positiven Einfluss auf breitere Entwicklungsfaktoren, wobei der Wandel in bestimmten Feldern unterstützt wurde, jedoch die Probleme der Region (aufgrund des geringen Interventionsgrades) nicht gelöst wurden und ein breiterer Wandel der Wirtschaft nicht erreicht werden konnte.

## Auswirkungen auf die künftige Politik

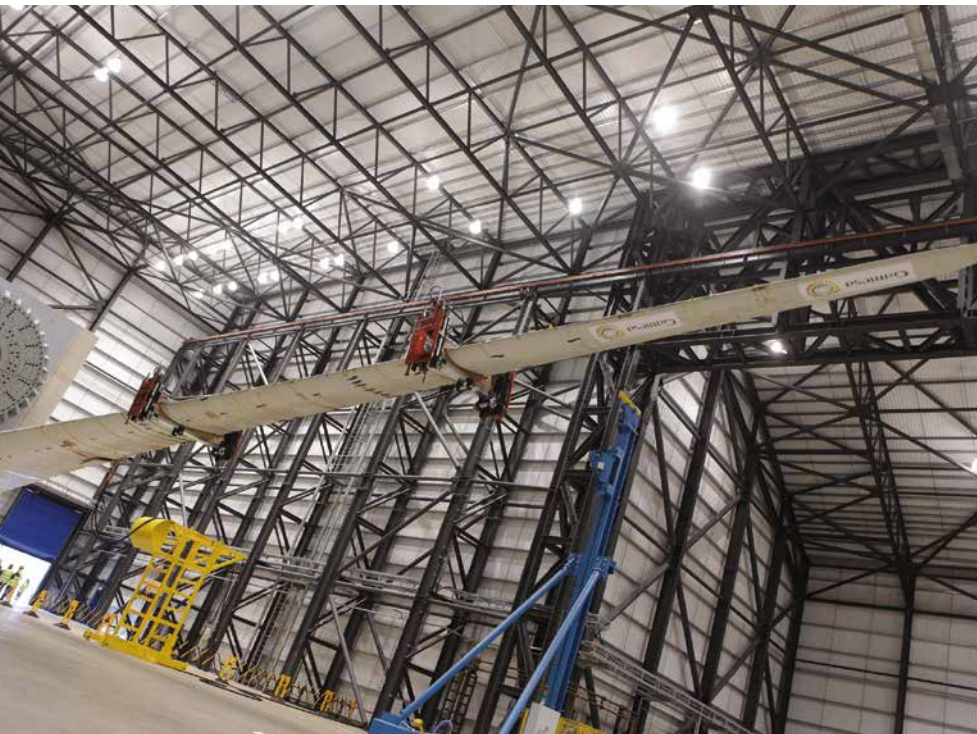
Die Studie liefert eindeutige Beweise dafür, dass die Richtung der Kohäsionspolitik im Zeitraum 2014 bis 2020 hinsichtlich der Konditionalitäten, der neuen Ergebnisorientierung und der Förderung von Kapazitätenbildung unterstützt wird. Dabei handelt es sich um Bereiche, in denen die Studienergebnisse zeigen, dass zukünftige Programmgenerationen mangelhaft waren.

### Programmkonzeption

In sämtlichen Fallstudien wurde der Wert einer Strategieentwicklung betont, wobei die Analyse regionaler Bedürfnisse und Herausforderungen, einer Zukunftsvision und der Formulierung eines mehrjährigen Entwicklungsplans mit klaren Zielen für die relevanten Partner einbezogen wurden. Daraus resultierten unter anderem die folgenden Erkenntnisse:

- ▶ **Einführung eines Szenario-Denkens** – Regionen müssen in strategische Planung investieren und Forschungen zu aktuellen und künftigen Anforderungen der Region durchführen, mit denen die Möglichkeiten der zielgerichteten Unterstützung ermittelt werden.
- ▶ **Integrierte Ausweichpläne** – Strategien müssen so flexibel sein, dass sie an Bedürfnisänderungen aus externen Schocks oder unerwarteten Gelegenheiten angepasst werden können.
- ▶ **Ein langfristiger Ansatz zur Wettbewerbsfähigkeit für die Sicherstellung von Beständigkeit** – für zahlreiche Regionen ist die Unterstützung bei Änderungen in der wirtschaftlichen Basis wichtig, um eine Beständigkeit gegenüber wirtschaftlichen Schocks zu erreichen. Während die Infrastruktur möglicherweise weiterhin erforderlich ist und die Unterstützung des Tourismus ein nützliches mittelfristiges Mittel für

Prüfung einer Windenergieanlage, Nordwestengland, Vereinigtes Königreich.



Das Projekt „Art on Chairs“, ein RegioStars-2014-Finalist, Norte, Portugal.



rückständige Regionen darstellte, sollten sich die Regionen stärker auf Projekte konzentrieren, die Unternehmertum und Innovation fördern.

- ▶ **Realistische Planung** – Regionen müssen hinsichtlich Zeitskalen realistisch eingestellt sein und erkennen, dass Änderungen über mehr als einen Programmzeitraum stattfinden (daher der Bedarf nach Kontinuität). Außerdem sollten sie hinsichtlich der in einem Programm erreichbaren Ziele nicht überambitioniert sein, insbesondere, wenn begrenzte Ressourcen zur Verfügung stehen.
- ▶ **Planung unter Einbeziehung sonstiger, in der Region umzusetzender Investitionsprogramme.**

## Strategische Planung

Regionale Behörden und Mitgliedstaaten sollten in den Aufbau von Kapazitäten für die strategische Entwicklung investieren, sodass Programmautoritäten Folgendes leisten können:

- ▶ langfristiges Denken;
- ▶ offene Kommunikation und Debatte strategischer Optionen mit Akteuren;
- ▶ Anerkennung, dass die Politikgestaltung langfristig ausgelegt werden und daher die Sieben-Jahres-Planung der Kohäsionspolitik in breiteren regionalen Strategien erfolgen muss;
- ▶ Akzeptanz, dass sich regionale Bedingungen und Anforderungen abrupt ändern können und Programme auf diese Änderungen reagieren müssen;
- ▶ Berücksichtigung der unterschiedlichen Facetten der wirtschaftlichen Entwicklung bei der Interaktion mit anderen Richtlinien und Ausgabenprogrammen.

## Ergebnisorientierung

Über mehrere aufeinanderfolgende Programmzeiträume hinweg wurden Programme häufig als Mittel zur Reduzierung von Finanzierungen für bestimmte Projekte oder Projekttypen vereint. Diese wurden häufig nur locker mit einer Vision für Wachstum oder regionale Konvergenz verbunden, oder es war unklar, wie diese Objekte umgesetzt werden sollten. Es besteht eindeutig ein Bedarf an einer Zielsetzung zur Herstellung Interventionslogik in Bezug auf die Ergebnisse. Grundsätzlich muss dies jedoch in ein Entwicklungsmodell eingebettet werden, mit dem ein Verständnis dafür gezeigt wird, wie die regionale Wirtschaft funktioniert und wie EU-finanzierte Interventionen mit den Entwicklungsmustern, Trends und Faktoren zusammenpassen.

Zur Verbesserung der Ergebnisorientierung von Programmen sollten die Regionen Programmansätze entwickeln, die explizit von zugrunde liegenden Entwicklungstheorien untermauert werden. Dies erfordert einen neuen Denkansatz hinsichtlich der Richtlinie. Die *Ex-Post-Evaluierung* sollte eine Routine-Aktivität von Programmbehörden werden, zusätzlich zu der von der Kommission durchgeführten Arbeit. Des Weiteren sollte sich die Konzentration auf die Bewertung von finanziellen und vorgehensorientierten Aspekten zu Effektivität und Wirkung verlagern.

### ▶ MEHR DAZU

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/information/evaluations/index\\_de.cfm#15](http://ec.europa.eu/regional_policy/information/evaluations/index_de.cfm#15)

**Gesamtkosten:**  
3 530 000 EUR  
**EU-Mittel:**  
3 000 000 EUR

►EUROPÄISCHE TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT

# ►MINENFELDER AN DER KROATISCHEN GRENZE MIT EU-MITTELN GERÄUMT

**In einem von der EU finanzierten Projekt wurden während des in den 1990er Jahren stattfindenden Konflikts im früheren Jugoslawien entlang der kroatisch-ungarischen Grenze versteckte Landminen geräumt. Das Projekt dient nicht nur zum Schutz der lokalen Bevölkerung, sondern macht zusätzlich den Weg für zahlreiche grenzübergreifende Projekte im Natura-2000-Schutzgebieten frei und fördert zudem nachhaltigen Tourismus.**

Anfang 2011 entdeckte Ungarn ein zuvor unbekanntes Minenfeld entlang der Grenze zu Kroatien in der Gespanschaft Osijek-Baranja (Kroatien) und im Komitat Baranya (Ungarn). Die kontaminierten Regionen waren ein Überbleibsel aus dem Konflikt der 1990er Jahre. Wie unter der Ottawa-Konvention zu Antipersonenminen gefordert, sperrte Ungarn das vermutlich gefährliche Gebiet an seiner südlichen Grenze ab und meldete die Gefahr.

Im September 2011, wurde ein kroatisch-ungarisches, durch EU-Mittel finanziertes Projekt gestartet, um die gefährlichen Minenfelder zu überwachen und zu räumen. In das Projekt wurde außerdem wie in der Habitat-Richtlinie der EU gefordert, eine Umweltsanierung des Gebietes durchgeführt.

Das 24-monatige Minenräumungsprojekt war das größte Projekt des Cross-border Cooperation Programme 2007-2013 im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe (IPA) zwischen Ungarn und Kroatien. Es erhielt rund 3 Mio. EUR an EU-Mitteln. Dieses Projekt ergänzt andere Investitionen in das Programm für Umwelt und nachhaltigen Tourismus dieser Region.

Während dieses Projekts wurden Gutachten durchgeführt, um die Minen und zu lokalisieren und deren Prioritätsreihenfolge zur Räumung festzulegen. Auf der ungarischen Seite der Grenze wurde ein Gebiet von 1 km<sup>2</sup> geräumt oder anderweitig als sicher erklärt; auf der kroatischen Seite handelt es sich um ein Gebiet mit einer Größe von 1,5 km<sup>2</sup>.

Die Räumung von Minen aus der Grenzregion war eine der Vorbedingungen für die Umsetzung zahlreicher grenzübergreifender Zusammenarbeitsprojekte um das Natura-2000-Schutzgebiet.

In dem geräumten Gebiet wird die Arbeit fortgesetzt; mit der Entwicklung von thematischen Routen um das kulturelle Erbe und der Förderung von Radtouren zu historisch interessanten Punkten in der Region soll der nachhaltige Tourismus gefördert werden.

Die Erhaltung des Schutzgebietes im Duna-Dráva-Nationalpark kann nun ohne die Gefährdung von Menschen umgesetzt werden. Zudem ist es somit einfacher, die Deiche zu erhalten und Überschwemmungen der Grenzregion zu bekämpfen. Außerdem steht nun weiteres Land zur landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung.

►MEHR DAZU

[www.hu-hr-ipa.com/en/funded-project/46](http://www.hu-hr-ipa.com/en/funded-project/46)

## ▶ RUMÄNIEN

# ▶ STÄRKUNG VON RETTUNGSDIENSTEN IN RUMÄNIEN

**Die Rettungsdienste in Zentralrumänien wurden mithilfe von teilweise durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanzierten Investitionen in Ausstattung und Schulungen unterstützt. Mit dem Erwerb einer Flotte an neuen Spezialfahrzeugen wurde die Wartezeit für Rettungsdienste in der Region erheblich reduziert.**

Das Projekt zur Unterstützung von Rettungsdiensten in der rumänischen Region Centru umfasste den Erwerb von 40 neuen Fahrzeugen, darunter 24 mobile, mit Erste-Hilfe-, Feuerlösch- und Bergungsausrüstung ausgestattete Einsatzfahrzeuge. Die neuen Fahrzeuge umfassen außerdem Feuerwehrwagen sowie Fahrzeuge, die mit speziellen Schneidevorrichtung zur Bergung von Menschen bei Unfällen ausgerüstet sind.

Des Weiteren wurden drei Fahrzeuge erworben, die für die Forschung im Rahmen von nuklearen, biologischen, chemischen und radiologischen Zwischenfällen eingesetzt werden sollen, sowie spezielle Ausrüstung für die Leitungszentrale, die zur Optimierung der Kommunikation im Falle von größeren Zwischenfällen vorgesehen ist.

Das vom EFRE unterstützte Investitionspaket ist Teil der landesweiten rumänischen Strategie zur Optimierung der Verfahren in Notfallsituationen und zur Verbesserung des medizinischen Notdienstes im ganzen Land. Insgesamt ist die Anzahl der für Notfalleinsätze ausgerüsteten mobilen Einheiten von 87 auf 127 gestiegen. Im Rahmen des Plans wurden acht regionale Leitstellen zur Koordination des Verfahrens bei Katastrophen und Unfällen gegründet sowie 647 Personen die Teilnahme an Schulungsprogrammen ermöglicht.

Das Investitionsprogramm führte zu einer erheblichen Reduzierung der durchschnittlichen Reaktionszeit von mobilen Einheiten in ländlichen Gebieten von 48 auf 27 Minuten und in Städten von 25 auf 13 Minuten. Die Rettungsdienste sind jetzt besser ausgerüstet und können nun auch für entfernte Bergregionen in den Wintermonaten eingesetzt werden, was stets eine besonders hohe Herausforderung war.

„Die 40 von der Region Centru erworbenen Rettungsfahrzeuge haben die Reaktionsmöglichkeiten in Notfallsituationen erheblich verbessert“, erläutert Simon Crețu, Generaldirektor der regionalen Entwicklungsagentur der Region Centru. „Mit einer hochwertigen professionellen Ausrüstung und der Arbeit von hervorragend geschulten professionellen Teams konnten die Reaktionszeiten verkürzt und in Extremsituationen bereits Leben gerettet werden.“



**Gesamtkosten:**  
8 600 000 EUR  
**EU-Mittel:**  
6 140 000 EUR

## ▶ MEHR DAZU

[www.regio-adrcentru.ro/Detaliu.aspx?t=COMunicate&eID=1154](http://www.regio-adrcentru.ro/Detaliu.aspx?t=COMunicate&eID=1154)



► ZYPERN

# ► HAFENERNEUERUNG ALS ANTRIEBSFAKTOR FÜR DIE WIRTSCHAFT

**Gesamtkosten:**  
25 300 000 EUR  
**EU-Mittel:**  
21 505 000 EUR

**Eine umfassende Aufrüstung des wichtigsten Hafens von Zypern in Limassol ermöglicht den Zugang für eine höhere Anzahl von Schiffen, so auch der neuesten Generation von Ultra Large Container Ships (ULCS), und erhöht die Abfertigungskapazität von Containern.**

Limassol, einer der betriebsamsten Häfen des Mittelmeers, wurde einer umfassenden Hafenerweiterung und Ausbagerung unterzogen, um den Zugang für eine neue Generation größerer Passagier- und Frachtschiffe zu ermöglichen.

Der neue Hafen von Lemesos, wie Limassol auch genannt wird, wurde 1974 in Betrieb genommen. Der Hafen wurde gebaut, um die Aktivitäten des alten Hafens (jetzt hauptsächlich für Fischereifahrzeuge genutzt) zu ersetzen. Er gilt als Haupthafen von Zypern, da der Hafen von Famagusta im Osten des Landes außerhalb des Regierungsgebiet der Republik Zypern liegt.

Hier werden zwei Drittel des gesamten lokalen Containerverkehrs sowie des Frachtumschlags abgefertigt sowie sämtliche Getreideimporte. Über 90% des Passagierverkehrs des Landes werden derzeit von diesem Hafen bedient.

Bei dem zwei Stufen umfassenden Projekt wurde der Hafen im westlichen Becken bereits auf 16 Meter vertieft (von ursprünglich 11 bis 14 Metern); in der Hafeneinfahrt und im Wendebereich erfolgte eine Vertiefung auf 17 Meter. Sonstige Arbeiten umfassen die Festigung der vorhandenen Kais und Teilen der Molen.

Die Bauarbeiten der zweiten Phase wurden Anfang 2013 begonnen und umfassen eine Erweiterung der vorhandenen Kaimauern um 500 Meter (aktuelle Gesamtlänge: 770 Meter) im westlichen Becken des Hafens. Der Abschluss der zweiten Phase ist für Sommer 2015 geplant.

Ein verbundenes Projekt umfasst den Bau eines neuen Passagierterminals. Zusammen steigern diese Projekte die Kapazität des wichtigsten Hafens von Zypern erheblich. Dieser wird zu einem wichtigen Drehkreuz sowohl für Passagiere als auch für Frachtschiffe und somit ein bedeutender Wettbewerber auf dem Frachtumschlagsmarkt. Die Abfertigungskapazität für Container steigt von 643 000 TEU pro Jahr auf über eine Million (TEU (twenty-foot equivalent units) ist ein Maß für Kapazitäten von Containerschiffen).

Zur Unterstützung der Hafenerweiterung wurde ein großes Straßenbauprojekt initiiert, um die Verbindungen zwischen dem Hafen von Limassol und dem Autobahnnetzwerk des Landes zu optimieren. Die Gesamtinvestitionen für das Projekt zur Verbindung des Hafens mit der Autobahn Limassol-Pafos betragen 126 Mio. EUR, wobei der EU-Kohäsionsfonds einen Teil von 90 Mio. EUR umfasst. Außerdem werden durch das Projekt Staus und Luftverschmutzung im Hafengebiet reduziert.

Mit der Optimierung des Haupthafens des Landes sowie dessen Zufahrtmöglichkeiten wird Limassol voraussichtlich zu einem hocheffizienten, technologisch führenden und wettbewerbsfähigen Hafen im östlichen Mittelmeer für den Handel in Zypern, für den Transitverkehr und Kreuzfahrtschiffe. Zudem werden damit der Zugang zu EU- und anderen Märkten verbessert sowie Investitions-, Handels- und Exportmöglichkeiten geschaffen.

► MEHR DAZU  
[www.cpa.gov.cy](http://www.cpa.gov.cy)

▶FRANKREICH

# ▶ GUTE GESCHÄFTE FÜR CHIRURGIEROBOTER-UNTERNEHMEN

Ein französisches KMU für Medizintechnologie, das durch die Kofinanzierung unter Languedoc-Roussillons JEREMIE-Initiative gefördert wurde, feiert international einen Erfolg nach den anderen und wurde kürzlich an der Börse EuroNext Paris gelistet.

Das in Montpellier ansässige Unternehmen Medtech SAS wurde im Jahr 2002 zur Entwicklung von Robotern gegründet, die Chirurgen bei schwierigen, hochpräzisen Operationen assistieren können. BRIGIT™, der erste von dem Unternehmen vornehmlich für die orthopädische Chirurgie entwickelte Roboter, wurde 2006 an eines der weltweit führenden Unternehmen für orthopädische Chirurgie Zimmer Inc. verkauft.

Medtech entwickelte daraufhin ROSA™, eine neue Generation an lasergesteuerten chirurgischen Roboterarmen für neurochirurgische Behandlungsverfahren. Das Gerät unterstützt und ergänzt die Arbeit des Neurochirurgen bei schwierigen Operationen am Gehirn. 2009 erhielt ROSA™ mit der CE-Kennzeichnung die Marktzulassung in Europa sowie die FDA-Zulassung in den USA und die Health Canada Homologation in Kanada. Derzeit wird der Roboter von führenden



**Gesamtkosten:**  
22 000 000 EUR  
**EU-Mittel:**  
4 500 000 EUR

Neurochirurgen in mehreren Krankenhäusern in Europa, Nordamerika und Asien eingesetzt. Das Unternehmen arbeitet derzeit an der Entwicklung einer Version von ROSA™ für Wirbelsäulenoperationen, die über dieselbe extreme Präzision verfügt.

Medtech SAS beschäftigt mittlerweile 20 Mitarbeiter in Montpellier und verfügt über Niederlassungen in New York und Kanada sowie weltweite Vertriebshändler in etwa dreißig Ländern.

Zur Unterstützung des Wachstums sicherte Medtech 2012 die Finanzierung von 4,5 Mio. EUR durch ein Konsortium von Soridec, SAS JEREMIE LR und Midi Capital. Das Unternehmen setzt sein ambitioniertes Wachstum fort und strebt für 2014 ein 50-prozentiges Wachstums auf 3 Mio. EUR an. Im November 2013 beschaffte das Unternehmen weitere 20 Mio. EUR durch ein Aktienangebot (IPO) an der Börse Paris EnterNext, den Nachfolger von NYSE Euronext, der auf Förderung und Wachstum des KMU-Wachstums spezialisiert ist. Die zusätzliche Finanzierung beschleunigt die Marktentwicklung mit einem Fokus auf Märkte wie Italien, Spanien, Deutschland und die USA.

## JEREMIE

JEREMIE – *Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises* – ist eine Initiative der Europäischen Kommission, die in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) entwickelt wurde um den Einsatz von Finanzierungsinstrumenten zu fördern und den Zugang zu Finanzmitteln für KMUs über Strukturfondsmaßnahmen zu erleichtern. Der mit 30 Mio. EUR ausgestattete Holding-Fonds JEREMIE von Languedoc-Roussillon wird zu einem Teil vom EFRE (15 Mio. EUR), zum anderen Teil vom Regionalrat Languedoc-Roussillon (15 Mio. EUR) finanziert. Der französische Staat agiert als Verwaltungsbehörde, und der EIF ist zuständig für die Verwaltung. Ziel ist die Unterstützung der Finanzierung durch drei Finanzinstrumente: a) ein *Darlehensinstrument mit Risikoteilung* für innovative Start-up-Unternehmen; b) ein *Koinvestitionsinstrument* für KMU mit hohem Wachstumspotenzial; c) ein *Portfolio-Garantie-Instrument* zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU.

▶MEHR DAZU

<http://medtech.fr/en/home>

## TERMINE

**31. MÄRZ 2014**

\_Brüssel (BE)

Preisverleihung RegioStars

**8. BIS 9.  
SEPTEMBER 2014**

\_Brüssel (BE)

6. Kohäsionsforum

**30. SEPTEMBER UND  
1. OKTOBER 2014**

\_Brüssel (BE)

Forum für Regionen  
in äußerster Randlage  
(RUP-Forum)

**6. BIS 9. OKTOBER 2014**

\_Brüssel (BE)

OPEN DAYS

Weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf unserer Inforegio-Website in der Rubrik „Agenda“:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/conferences/agenda/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/agenda/index_de.cfm)

## BLEIBEN SIE IN VERBINDUNG

 [www.ec.europa.eu/inforegio](http://www.ec.europa.eu/inforegio)

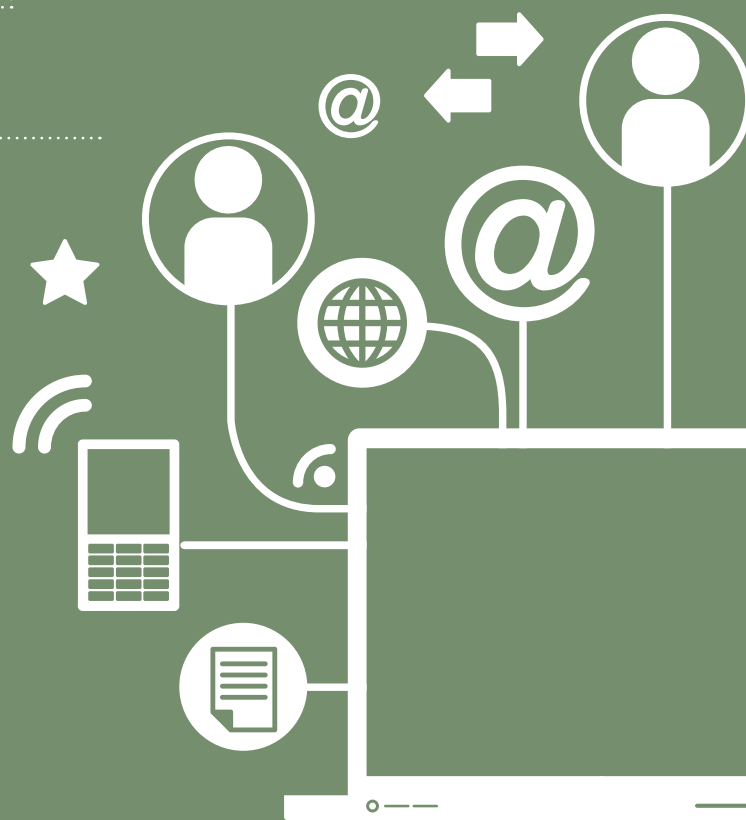
 [www.twitter.com/@EU\\_Regional](http://www.twitter.com/@EU_Regional)

 [www.yammer.com/regionetwork](http://www.yammer.com/regionetwork)  
GD REGIO Plattform für Zusammenarbeit

 [www.flickr.com/euregional](http://www.flickr.com/euregional)

 Abonnieren Sie unsere REGIOFLASH  
[www.inforegiodoc.eu](http://www.inforegiodoc.eu)

 [www.twitter.com/@JHahnEU](http://www.twitter.com/@JHahnEU)



■ Amt für Veröffentlichungen

Europäische Kommission,  
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung  
Kommunikation – Ana-Paula Laissy  
Avenue de Beaulieu 1 – B-1160 Brussels  
E-mail: [regio-panorama@ec.europa.eu](mailto:regio-panorama@ec.europa.eu)  
Internet: [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.cfm)

